

Von Deutschen überrannt?

– deshalb NEIN zur Personenfreizügigkeit



Ueli Brasser,
Gemeinderat,
SD-Zentralpräsi-
dent, Zürich

Die schweizerischen Bilateralisten konnten und können die Hälse nicht genug voll kriegen von mehr und mehr und nochmals mehr. Denn immer mehr Deutsche wandern als Folge der EU-Personenfreizügigkeit in unser Land ein, um bei uns Arbeit zu bekommen.

Die Vorzeichen waren bis vor einigen Monaten noch einigermaßen gut – es hatte freie Arbeitsstellen bei uns in der Schweiz. Und wo diese fehlten, wurden welche geschaffen. Aber unsere Volkswirtschaft übernahm sich dabei vollkommen! Inzwischen hat sich der Wind ge-

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

dreht. Rezession und Bankenkrise heissen die vorherrschenden Themen, wenn es um die heutige Situation geht. Das wirtschaftliche Wachstum stagniert, ja es muss gar damit gerechnet werden, dass in den kommenden Monaten – und vielleicht Jahren – eine schwere **Rezession** über die Welt fegt. **Dies ist verbunden mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Rentenkürzungen und grösseren Soziallasten.**

Auch Deutschland steht inmitten einer immer schlimmer werdenden Rezession. Die Arbeitslosenzahlen steigen und eine wirtschaftliche Hiobsbotschaft jagt die andere. Viele **Deutsche** suchten deshalb in den letzten Jahren, aber auch heute, den Weg in die Schweiz. Sie **übernehmen immer deutlicher sichtbar das Kommando an unseren Arbeitsplätzen** – vor allem in den Schulen und Universitäten, im Gesundheitssektor und auf dem Bau. Aufgrund der Personenfreizügigkeit haben wir es mit einer wahren Invasion von Deutschen zu tun.

**Statistik sagt:
Am meisten kommen Deutsche!**

Als Folge des freien Personenverkehrs mit der EU sind vor allem Deutsche und Portugiesen in grosser Zahl eingewandert. Nach Bundesangaben **stieg die Zahl der Deutschen innerhalb von einem Jahr um 36 240 Personen.** Dahinter folgen die Portugiesen (+ 14 368), die Franzosen (+ 9 175), die Briten (+ 3 702) und die Österreicher (+ 1 707). Sie alle bekamen Arbeit bei uns. Und sie alle suchten auch Wohnungen bei uns. Viele von ihnen bringen Kinder mit, welche in unsere Schulen müssen. Wir bauen also immer mehr Schulen, Häuser, Strassen, Spitäler usw... um diese Mehreinwanderung aufzunehmen. **Unser Land wird immer stärker übervölkert, zubetoniert und überfremdet.** Und obwohl uns bei der letzten Freizügigkeits-Abstimmung «versprochen» wurde, dass zwar mehr Leute aus dem EU Raum zu uns kämen, andererseits aber die Zahl der Nichteuropäer deutlich abnehmen werde, stieg auch die Zahl der nichteuropäischen Einwanderer weiter an. Also wurden wir bei der letzten EU-Abstimmung 2005 vom Bundesrat, den Regierungsparteien und der Wirtschaft ange-**logen. Innert eines Jahres kamen**



so viele Leute neu ins Land wie die Stadt St. Gallen Einwohner zählt.

Die Deutschschweiz ist für Deutsche besonders attraktiv

Und in den grossen Zentren werden die Wohnungen immer knapper. In Zürich, Basel, St. Gallen und allen Grenzgebieten zu Deutschland werden immer mehr Wohnungen und Häuser an Deutsche vermietet, respektive verkauft. Wir Einheimischen haben auf dem Wohnungsmarkt zusehends das Nachsehen. Die Tatsache, dass beispielsweise in den Grossraum Zürich immer mehr Menschen einwandern, bewirkt, dass die Wohnungsnot rund um den Zürichsee immer prekärer wird. Und – das ist eine weitere Folge des freien Personenverkehrs, **die Wohnungsmieten und die Kaufpreise steigen und steigen.** Viele kommen mit Familien. Knapp die Hälfte der innert Jahresfrist Zugezogenen sind Erwerbstätige aus Ländern, für die

es keine Einwanderungsbeschränkungen (Kontingente) mehr gibt. Und dann noch dies: Die Wohnungsnot wird zusätzlich verschärft, **denn gemäss dem Bundesamt für Migration sind 30,7% der Einwandernden reiner Familiennachzug.** Die wollen auch wohnen, in die Schule, und und und...

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Keine Angst vor der Wortkeule «Rassismus»
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Aktuelle «historische» Ereignisse
- 8 Marktplatz
- 9 Die SVP in der Klemme?
- 10 Multikulturell = Multikriminell
- 12 BDP – Selbsterkenntnis

Von Deutschen überrannt*Fortsetzung von Seite 1***Deutsche Ärzteschwemme**

In den Spitälern werden wir von deutschen Ärzten und Pflegern überrannt. Diese «drücken» unsere Löhne. **Und es gibt immer mehr Fälle, in denen Deutsche den Schweizern vorgezogen werden**, wenn es darum geht, eine Arbeitsstelle zu bekommen. Der **Lohn- und Druck** auf uns Einheimische **nimmt daher zu!** Wenn wir eine Stelle wollen, müssen wir uns mit einem bescheideneren Lohn begnügen. Die Wirtschaft hat sich so eine billige «Manövriermasse» an Arbeitskräften geschaffen, mit der sie machen kann was sie will. Und die lieben Gewerkschaften und der Kaufmännische Verband haben da nichts mehr zu melden, denn sie unterstützen ja die Personenfreizügigkeit, welche zu einem immer tieferen Lohnniveau führt!

Fast 30% aller Angestellten in den Spitälern sind heute Deutsche, dazu kommen noch etwa 25% andere Ausländer. **Das heisst deutlich mehr als 50% aller Angestellten sind Ausländer, bei den Chefärzten eh! Und schaut man sich an, was für Nationalitäten als Patienten im Spital liegen, dann stellt man fest, dass gut die Hälfte Ausländer sind.** Wer also behauptet, wir bräuchten die Ausländer im Gesundheitswesen, sollte doch dem Volk auch offen sagen, dass all die Ausländer eigentlich ihre eigenen Landsleute in den Spitälern zu betreuen haben. Mit weniger Einwanderung hätten wir weniger Ausländer in den Spitalbetten und wir Steuerzahlende könnten uns manch ein teures Spital im wahrsten Sinne des Wortes «ersparen». Eine Studie der «Fachhochschule Nordwestschweiz für soziale Arbeit» stellt fest, dass **Deutsche die Angestellten autoritärer führen als wir Schweizer. Deutsche kontrollierten mehr, führten direkter und suchten weniger den Konsens im Gespräch. Das Klima**

ist allgemein rauer! Demgegenüber ziehen Schweizer Ärztinnen und Ärzte Krankenschwestern mehr in die jeweilige Entscheidungsfindung ein. Wir haben im Gegensatz zu den Deutschen eine recht weitgehende demokratische Diskussionskultur. Das sind so die feinen Unterschiede, welche das Überfremdungs- und Ohnmachtsgefühl der Einheimischen zunehmend verstärken. Und wen wundert, dass obendrein auch im Hausarztbereich **65% aller** von der FMH-Ärzteorganisation betreuten **Praxisübergaben der beiden letzten Jahre vor allem an deutsche und österreichische Ärzte gingen!**

UNIs und Schulen in deutscher Hand

Auch an den Universitäten wimmelt es nur so von deutschen Professoren und Assistenten. Die arbeiten oft zu günstigeren Konditionen. Da hat der schweizerische akademische Nachwuchs immer mehr Probleme, sich überhaupt noch durchzusetzen. Viele deutsche Professoren bringen zusätzlich ihre eigenen Landsleute mit und bilden so immer festere Seilschaften (man kann dem auch Filz sagen), welche die Universitäten dominieren. Dasselbe Muster stellt man übrigens aber auch in der Kultur fest. Auch die Theater und das Filmwesen sind immer stärker in deutscher Hand. Und selbst in der Kirche ist dieselbe Entwicklung im Gange. **Deutsche Pfarrer bald überall!**

Die unerfreuliche Entwicklung an der akademischen Front hat bereits im Kanton Zürich dazu geführt, dass die Zürcher Bildungsdirektion **prüfte, für den deutschen Mitarbeiteranzug eine Quote einzuführen, um unseren eigenen Nachwuchs zu schützen.** Da dies unpraktikabel sei, wurde dieser Vorschlag dann wieder verworfen. Man hat also das Problem erkannt, lässt aber die Einheimischen einfach weiter zappeln und leiden. Als Feststellung bleibt: **54% aller UNI-Assistenten sind Ausländer!**

Unsere Leute machen da auf der ganzen Linie zweite! Wegen der Personenfreizügigkeit geraten wir Einheimischen immer mehr in Rücklage. **Viele der deutschen Professoren haben keine Ahnung von unserer Mentalität und Kultur.** Denen ist kaum bewusst, dass wir in einem viersprachigen Staat leben. Das merkt man auch an den immer zahlreicher unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrern an den Volks- und Privatschulen in unserem Land. Die haben selbstverständlich kein Sensorium für all das, was unsere Schweiz ausmacht! Dies ist Überfremdung pur!

Deutsche Arbeitslose in der Schweiz

Auch unter den Arbeitslosen stellen wir eine Entwicklung hin zu den Deutschen fest. Unsere hohen Löhne (und die Unternehmer!) haben in den letzten Jahren Zehntausende von Deutschen in die Schweiz gelockt. **Im Durchschnitt verdienen diese Leute in Deutschland 40% weniger als bei uns.** Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU sieht vor, dass man Arbeitslosengeld erhält, wenn man ein Jahr in der Schweiz gearbeitet hat. Nun wo die Rezession an unsere Pforten klopft, werden auch immer mehr Deutsche in der Schweiz arbeitslos. In den Kantonen Zürich, Aargau, Baselland und Basel-Stadt **ist die Anzahl arbeitsloser Deutscher stärker gestiegen als diejenige aller andern Ausländer.** Im Kanton Zürich waren im September 2008 bereits 827 Deutsche arbeitslos gemeldet. Dies beansprucht natürlich unsere Arbeitslosenkassen enorm. Und das bezahlen wir Steuerzahlenden alles kräftig mit. Diejenigen Politiker, welche von einer «Erfolgsstory Personenfreizügigkeit» plappern, belügen uns in Tat und Wahrheit!

Im Kanton Aargau stieg die Zahl arbeitsloser Deutscher um 15%, in Baselland um 10%, in Basel-Stadt um 11% und im Kanton Zürich um 21%. Dies, obwohl von September 2007 bis September 2008 (in dieser Periode wurden diese Zahlen erhoben) die Konjunktur noch einigermaßen gut lief. Wie wird das erst jetzt in der Krise? – **Massenweise deutsche Arbeitslose wird es geben.** Sie werden von uns braven Bürgerinnen und Bürgern finanziert. Und da reden FDP, CVP, SP, Grüne und die Wirtschaft vom riesigen Erfolg der Bilateralen Verträge mit der EU und der für uns angeblich Gewinn bringenden Personenfreizügigkeit! **Die Folge dieser Entwicklung wird sein, dass immer mehr einheimische Angestellte, unser Mittelstand und wohl auch viele Rentnerinnen und Rentner (siehe auch Pensionskas-**

senkrise) ins Hintertreffen kommen werden. Sie müssen diese kurzsichtig gierige Wirtschaftspolitik der Regierenden und der Wirtschaft teuer bezahlen.

Deutschland und England begrenzen Einwanderung

Bei uns werden auch in den Chefetagen immer mehr Deutsche zu Chefs bestimmt. Sie sagen in den Firmen zunehmend, was lang geht. Da sind die Deutschen halt clever – und wir Schweizer schlicht dumm – ich spreche da vom Schweizer Bundesrat. **Denn die deutsche CDU/SPD-Bundesregierung hat Ende April 2008 einseitig beschlossen, die EU-Arbeitsmarktöffnung für Polen um zwei Jahre hinauszuschieben.** Dies weil zu viele Leute aus Polen auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen. **Und gleichzeitig «schieben» die Deutschen ihre arbeitslosen Leute in die Schweiz ab.** Die Schweizer sind so blöd und nehmen jeden der kommt! Der Schweizer Bundesrat erklärt in seiner Ängstlichkeit ja noch, dass wir keine Kontingente – sprich Einwanderungsbegrenzungen – beschliessen könnten, weil er offensichtlich Angst vor der Reaktion der EU hat. Und das sagt er, obwohl wir rechtlich dazu die Möglichkeit hätten, Kontingente zu erlassen. Dieser Angsthasen-Bundesrat ist bereit, unser Land vollends zu verkaufen. **Derweil meldete auch die englische Regierung im Oktober 2008, die Personenfreizügigkeit einschränken zu wollen!** «Es war in der Vergangenheit zu einfach ins Land zu kommen, und es wird schwieriger werden», sagte der britische Integrationsminister Phil Woolas (Sozialist) der «Times». **Mit Blick auf die steigende Arbeitslosigkeit forderte der linke Regierungspolitiker die Arbeitgeber zudem auf, Briten bevorzugt einzustellen.** Und er gab noch eins drauf, indem er sagte, dass diese Regierung es nicht zulassen würde, dass wegen der EU-Einwanderung die Gesamtbevölkerung von etwa 62 Millionen auf 70 Millionen Menschen ansteigen werde. Das sollte man mal unserer SP, den Grünen und den Gewerkschaften ins Stammbuch schreiben.

Aus all diesen Gründen stimmen wir am 8. Februar 2009 NEIN zur Personenfreizügigkeit mit der EU. Und wir lehnen auch die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien ab. Wir wollen weder eine noch grössere deutsche Invasion, noch Tausende von Roma bei uns!



Keine Angst vor der Wortkeule «Rassismus»!

Schon den Kindergärtlern wird heutzutage eingepflegt, dass überall der böse «Rassismus» lauert, wie früher der Wolf aufs arme Rotkäppchen. Mit Steuergeldern werden teure Kampagnen gegen dieses angeblich so schlimme Übel finanziert. Ob es um ein Schulbuch geht oder um eine Werbung für Waschmittel – wo eine Gruppe von Menschen abgebildet wird, muss offenbar immer mindestens ein Neger – pardon, ein Mensch mit stärkerer Pigmentierung oder neuerdings auch «Afroschweizer» (!) – dabei sein. In manchen Unternehmungen werden die Arbeitnehmer dazu verpflichtet, ein «multikulturelles Leitbild» der Firma anzuerkennen, ansonsten ihnen die Kündigung droht. Kein «Rassismus» scheint hingegen vorzuliegen, wenn man Schweizer Angestellte zwingt, hier in der Schweiz an Sitzungen von Schweizer Firmen Englisch zu sprechen! Die gegen das eigene Volk gerichtete Manipulation zeigt leider Wirkung. Wer z.B. berechnete Kritik an der Masseneinwanderung und der forcierten, überschnellen Völkervermischung übt, fühlt sich genötigt, dabei mit den Worten zu beginnen: «Ich bin kein Rassist, aber...». Welch ein Unsinn!

Was sind «Rassen»?

Im Laufe von Zehntausenden von Jahren hat sich die Spezies «Mensch» über praktisch die ganze Landfläche der Welt ausgebreitet. Die Lebensbedingungen sind nicht überall auf der Welt dieselben. Es gibt Länder mit kaltem Klima, Wüsten mit gleissender Hitze und völliger Trockenheit, feuchte tropische Regenwälder usw. Da der Mensch wie alle anderen Arten von Lebewesen den Gesetzen der Evolution unterliegt, vermochten sich menschliche Populationen im Laufe der Jahrtausende den Umweltbedingungen der Erdgegend anzupassen, in welcher sie heimisch geworden waren. Wer körperlich und geistig-psychisch günstige Voraussetzungen für das Leben im betreffenden Umfeld hatte, überlebte eher und pflanzte sich erfolgreich fort. Eine dunkle, d.h. stark pigmentierte Haut z.B. ist in Äquatornähe als Schutz gegen die extrem starke Sonneneinstrahlung von Vorteil, im Norden hingegen nachteilig. In der Arktis ist ein gedrungenen Körperbau nützlich: Die Körperoberfläche muss gemessen am Körpervolumen möglichst gering sein, damit der Mensch weniger Wärme an die kalte Umgebung verliert. In den meisten afri-



Übermässige Völkervermischung.

kanischen Ländern muss man sich nicht Gedanken machen, wovon man sich im Winter ernähren kann, denn diesen gibt es nicht. Dafür hat es viele gefährliche wilde Tiere wie z.B. Grosskatzen oder Krokodile. War im Norden seit jeher Erfindungsreichtum und weitsichtiges Planen gefragt, musste man im Busch eher körperlich kräftig und gelenkig sein. So entstand das, was man heute mit dem Begriff «Rassen» bezeichnet.

Rassendünkel ist verwerflich...

Noch vor einigen Jahrzehnten war v.a. in den industrialisierten Ländern des Nordens die Überzeugung verbreitet, die weisse Rasse oder auch nur Teile davon (wie bei den Nazis z.B. die sogenannten «Arier») seien etwas qualitativ Besseres als die anderen Menschenrassen. Afrikanische und asiatische Länder wurden unter die Herrschaft weisser Kolonialherren gepresst, Menschen aus diesen Regionen als minderwertig eingestuft und zeitweise sogar als Sklaven verkauft. Als übelster Auswuchs dieser Geisteshaltung entstand schliesslich der Nationalsozialismus, unter dessen Fuchtel Millionen Menschen von angeblich «minderer Rasse» mit systematischen Methoden ermordet wurden. Nicht viel anders trieb es übrigens das stalinistische Regime der damaligen Sowjetunion, z.B. mit der Deportation der Krimtataren. Ein solcher Rassendünkel oder gar bis ins Verbrecherische gesteigerter Rassendünkel verdient den Namen «Rassismus» und ist verwerflich. Es kann aber auch festgestellt werden, dass so etwas heute nur noch in bedeutungslosen Zirkeln unverbesserlicher Nazis gepredigt wird und keine politisch-gesellschaftliche Bedrohung mehr darstellt.

...die Hetze gegen jedes Volks- und Rassenbewusstsein aber auch!

Seit dem Zweiten Weltkrieg grassiert in den industrialisierten, seit Jahrtausenden von weissen Menschen europider Prägung bewohnten Ländern der Antirassismus-Fimmel. In einer Überreaktion auf die Greueltaten der Nazis ist man

dazu übergegangen, auf eine geradezu masochistisch anmutende Weise, wo immer möglich das eigene Volk und die eigene Rasse schlechtzureden. So läuft es auch bei uns in der Schweiz, obwohl es bei uns glücklicherweise nie ein Naziregime gab. Wer sich dagegen wendet, dass immer grössere Massen von Menschen aus immer fremderen Völkern, Kulturen und Rassen einwandern und uns Einheimische langsam aber sicher verdrängen, wird sogleich als «Rassist» gebrandmarkt, ausgegrenzt und verteufelt. Dabei ist die Vielfalt von Völkern und Rassen doch etwas Wertvolles, vielleicht sogar für das längerfristige Überleben der Menschheit Entscheidendes. Sie geht zugrunde, wenn in kurzer Zeit Massen von Menschen in andere Länder und Kontinente wandern und dort identitätslose Mischbevölkerungen entstehen. Doch wer es nur schon wagt, diesen Gedanken zu äussern, muss als angeblicher «Rassist» mit gesellschaftlicher Ächtung, Stellenverlust und Ruin rechnen. Nur Angehörige von Drittweltvölkern dürfen sich dagegen wehren, kolonialisiert, überfremdet und von fremden Mächten drangsaliert zu werden – bei ihnen gilt das, was bei

uns «Rassismus» ist, als berechtigter Kampf um die Freiheit!

Legitimer Selbsterhaltungswille

Darum geht es tatsächlich: Das, was etwa uns Schweizer Demokraten immer wieder als «Rassismus» angekreidet wird, ist der auch bei Menschen mitteleuropäisch-alpenländischer Herkunft und Kultur berechnete Wille, als Volk zu überleben. Ein Volk ist nicht bloss eine Masse von Menschen mit gleichen Reisepässen, sondern auch eine Abstammungs- und Kulturgemeinschaft. Diese kann zwar in einem gewissen Ausmass Angehörige fremder Völker und sogar fremder Rassen absorbieren. Sind es aber zu viele in zu kurzer Zeit, so ist das nicht mehr möglich und letztlich geht das Volk zugrunde. Der Mensch hat seit jeher ein natürliches Bedürfnis, sein Leben im Kleinen, im Schosse einer Familie und im Grossen, in der Geborgenheit einer Volksgemeinschaft zu verbringen. Auch dies sollte endlich als Menschenrecht anerkannt werden, nicht nur allerlei Ansprüche von Fremden, die unser Land kolonisieren. Wer sich gegen die Masseneinwanderung, Völker- und Rassenvermischung und auch schlicht gegen die Überbevölkerung unseres kleinen, schon bis weit über die Grenze des Erträglichen hinaus überfüllten und überfremdeten Landes wehrt, ist kein böser Mensch. Er muss sich dafür nicht schämen und ist auch kein «Rassist», sondern ein Kämpfer für das Überleben und die Freiheit des helvetischen Volkes.

Vercingetorix

Referendum gegen Personenfreizügigkeit

Analyse der Anzahl gesammelter Unterschriften

Die Anzahl gültiger Unterschriften, die in den einzelnen Kantonen gegen die Weiterführung der Personenfreizügigkeit der Schweiz mit der EU sowie der Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien gesammelt worden sind, sind bekannt. Da die Einwohnerzahl der Kantone sehr unterschiedlich ist, sagen diese Zahlen relativ wenig über die Sammeltätigkeit in den einzelnen Kantonen aus. Ich habe deshalb die veröffentlichten Zahlen zuerst in Bezug auf die Einwohnerzahl (Stand 2002) der einzelnen Kantone berechnet und dann die erhaltenen Bezugswerte umgerechnet, so dass der Kanton Zürich

die Zahl 100 erhielt. Beispiel: Ein Kanton, der die Zahl 50 erhält, hat im Verhältnis zu seiner Bevölkerung nur halb so viele Unterschriften gesammelt wie der Kanton Zürich: Einer der die Zahl 200 erhält, hat im Vergleich zu Zürich doppelt so viele gesammelt.

ZH 100; SH 56,1; BE 114,3; AR 150,2; LU 130,7; AI 82,7; UR 87,3; SG 146,5; SZ 203,6; GR 66,4; OW 143,1; AG 76,1; NW 155,6; TG 74,0; GL 107,6; TI 682,6; ZG 83,2; VD 8,7; FR 14,4; VS 33,7; SO 80,1; NE 12,9; BS 84,5; GE 8,9; BL 64,7; JU 15,3.

Dr. Dragan Najman, Baden



Zur Volksabstimmung über den freien Personenverkehr vom 8. Februar 2009

Problem der Überbevölkerung nicht vergessen!

Zu dichte Bevölkerung hat verheerende Folgen

Bei Diskussionen über die Migrationspolitik stehen immer Fragen der Überfremdung im Vordergrund. Gewiss, die politischen Folgen der bevölkerungsmässigen Überfremdung sollen nicht klein geredet werden.

Zum Beispiel spielt der Tatbestand, dass es in den Volksschulen der Schweiz immer mehr Schüler mit fremder Muttersprache gibt, bei der Unruhe der Eltern bezüglich der sinkenden Qualität des Unterrichts die Hauptrolle. Doch ist Überfremdung nicht der einzige Nachteil der Masseneinwanderung! Eine sogar noch grössere Bedrohung geht von der Überbevölkerung, der Entstehung einer zu hohen Bevölkerungsdichte aus; denn eine solche Entwicklung lässt sich durch keine legalen Mittel mehr rückgängig machen, während Überfremdung wenigstens in denkbarer Weise durch Assimilation zurückgehen kann. Die allzu grosse Dichte der menschlichen Bevölkerung beschert uns zusätzliche Probleme, und zwar einerseits beim Umweltschutz, andererseits beim menschlichen Verhalten.

Zunehmende Umweltzerstörung

Der Zusammenhang zwischen hoher Bevölkerungsdichte und Umweltbelastung wird in sämtlichen

grossen Medien, Presse, Fernsehen und Radio, als Thema vernachlässigt, ja sogar bestritten. Dabei belastet jeder zusätzliche Bewohner die Umwelt, selbst wenn er sich noch so ökologisch verhält. Dieser Tatbestand ist in jedem Lehrbuch der Ökologie nachzulesen. Früher wurde wenigstens der Zusammenhang zwischen Grösse der Weltbevölkerung als Ganzem und den weltweiten Umweltgefahren wie etwa Klima oder Verschmutzung der Weltmeere noch dargelegt. Seit sich die ganze Umweltdiskussion einseitig nur noch auf die Entwicklung des Weltklimas verengt hat, geschieht nicht einmal mehr das! Aber es gibt nicht nur weltweite, sondern auch sehr regionale und örtliche Umweltprobleme. So besteht ein Parallelismus zwischen der örtlichen Bevölkerungsdichte und dem materiellem Verbrauch sowie Verschleiss, die übrigens auch volkswirtschaftliche Kosten verursachen. **Jeder zusätzliche Einwohner braucht Wohnung, (meist) Arbeitsplatz und Infrastrukturen.** Und auch Wildtiere brauchen für ihr Überleben einen vom Menschen wenig berührten Lebensraum! Was heisst schon «Wachstum». Das Schlagwort vom qualitativen Wachstum ist nicht nur eine contradictio in adiecto, sondern verlor-

gen. Man denke nur an den Verkehrskollaps, auch bei öffentlichen Transportmitteln, an die Luftreinhaltung, den Gewässerschutz. Die Belastung ist zum Teil einschneidend und berührt wie etwa der Lärm unsere Sinnesorgane unmittelbar. Nicht nur die Zuwanderung von Asylsuchenden und Kriminellen, die ohnehin fast immer als Illegale in die Schweiz kommen, ist also von Bedeutung, auch diejenige von gewöhnlichen Einwanderern, selbst wenn sie hoch gebildet sind. Wegen der bisherigen Personenfreizügigkeit aus der EU fallen sie schon rein zahlenmässig stärker ins Gewicht. Es ist also kein Nachteil, dass die eidgenössischen Räte die beiden Gesetzesvorlagen, Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien sowie Prinzip der EU-Personenfreizügigkeit an sich, zusammengebunden haben. So muss nur ein Referendum lanciert werden. Das ständige Geschwätz von Wachstum, der Errichtung von immer mehr Arbeitsplätzen und deren Besetzung praktisch ausschliesslich mit Einwanderern, ist für alle hier lebenden auf die Länge lebensbedrohlich. Und die Herstellung und der Verkauf von nutzlosen Wegwerfwaren, nur um die Konjunktur zu stützen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind angesichts der Einwanderungsbewegung, die alle diesbezüglichen Anstrengungen zunichte macht, unökologisch. **Nachhaltig im Sinne der Ökologie ist nur Stabilität – und diese wird als «Nullwachstum» verleumdet!**

Häufigere psychiatrische Erkrankungen

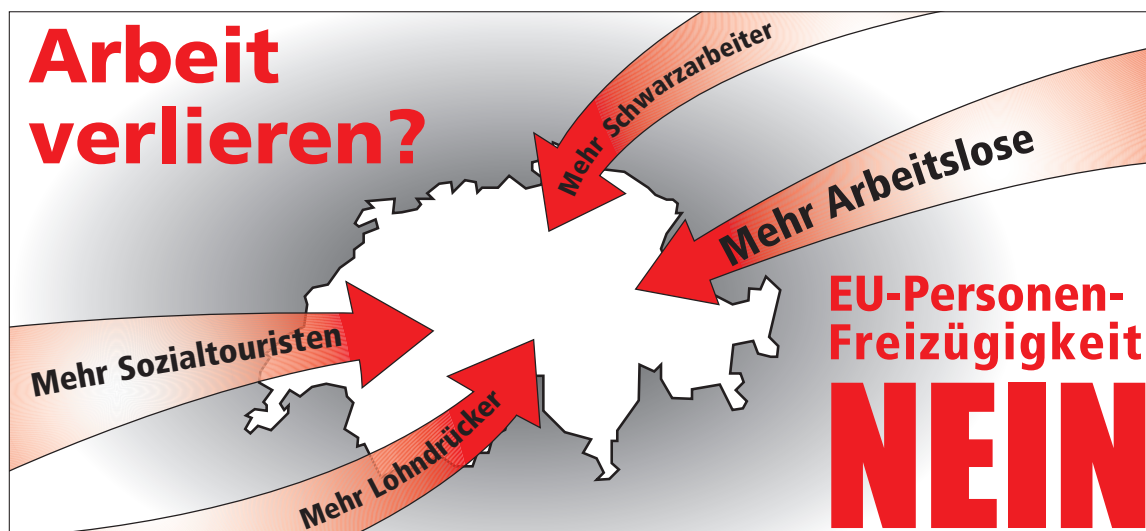
Die örtliche Bevölkerungskonzentration hat aber nicht nur Folgen für die Umwelt, sondern auch auf das menschliche Verhalten. Die erhöhte Kriminalitätsrate, die Ausbreitung von Drogenabhängigkeit und anderen Suchten, von Neuro-

sen allgemein – man denke nur an die ansteigende Zahl von Invalidenrenten aus psychischer Ursache –, die Sorglosigkeit beim Wegwerfen von Alltagsabfällen («Littering») sind so zu verstehen, nicht etwa nur wegen der Einwanderung von Kriminellen. Es ist die Vielzahl von Menschen auf engem Raum, der banale Frust, überall zu viele Menschen anzutreffen, der das Verhalten verändert. **Die erwähnten Verhaltenstörungen sind denn auch in Grossstädten häufiger als auf dem Land. Besonders die Schweiz verwandelt sich in eine einzige Grossagglomeration, in welcher die Naherholungsgebiete schrumpfen und wo jede Selbstständigkeit zur Illusion wird.**

Ich lege diese Fakten nicht etwa aus dem hohlen Bauch dar. *Konrad Lorenz* und *Irenäus Eibl-Eibesfeldt* haben schon früh darauf hingewiesen. Lorenz war sogar Nobelpreisträger. Leider sind sie weitgehend vergessen. Die heutige universitäre Wissenschaft ist zu sehr politikabhängig, weshalb die Probleme dort kaum aufgegriffen werden; denn sie sind heikel, ja sogar politisch inkorrekt. Sie können eine akademische Karriere beeinträchtigen oder gar zunichte machen. Das derzeitige Volksbegehren des Landschaftsschutzes ignoriert es beispielsweise; da können ETH-Professoren es noch lange befürworten, es droht zu einem Schlag ins Wasser zu werden. Die ganze Raumplanung ist nutzlos, wenn die Einwanderung weitergeht. Die für die Verbauung vorgesehenen Zonen sind dann nicht etwa zu gross, wie behauptet, sondern werden zu klein.

Globalisierung grösstes Klumpenrisiko

In dieses Szenario platzt nun die weltweite angebliche Finanzkrise. Auch wenn das fast überall bestritten wird, ist es doch so: es ist der Bankrott des neoliberalen, wachstumsgläubigen, globalistischen Internationalismus. Praktisch alle bekannt gewordenen Bestrebungen, die Krise zu meistern, sind abwegig, denn die Akteure weigern sich, die echten Ursachen zu sehen. Vor Klumpenrisiken wird sonst immer gewarnt, sei es in der Anlageberatung, sei es in der Ökologie, wo man die Monokulturen als höchst schädlich beurteilt, ganz abgesehen vom Nachteil der langen Transportwege. In der Allgemeinpolitik geschieht jedoch das pure Gegenteil. Man verschliesst die Augen vor dem grösstmöglichen Klumpenrisiko, nämlich der Globalisierung, und schwächt möglichst den souveränen Nationalstaat, die einzige Institution,





Rege Bautätigkeit, verursacht durch starke Zuwanderung infolge freiem Personenverkehr.

die Schranken gegen die Bildung von Bevölkerungskonzentrationen durch Zuwanderung errichten kann. Die Gefühle der Verwurzelung in seinem Wohngebiet, der Identifikation mit seiner Heimat, seiner Familie, Sippe und Volk, der Patriotismus und natürliche, nicht übersteigerte Nationalismus, das, was die Verhaltensforscher Territorialinstinkt nennen, wären heilsam. Gerade solche Emotionen werden von den Globalisten aber verleumdet. Zwar redet man von einer notwendigen Regulierung. Aber das einzige Gebilde, das regulieren könnte, nämlich gesetzgebende Kompetenzen besitzt, der Nationalstaat, wird systematisch geschwächt. Die internationalen Finanzströme als Auslöser der Krise finden in einem gesetzgeberischen Vakuum, in einem extraterritorialen Bereich statt und gleichen damit der Seeräuberei. Falls diese Krise demnächst – scheinbar! – überwunden ist, wird deshalb bald ein Rückfall entstehen. Die Zukunft wird demografisch, nicht

finanziell bestimmt. Biologische Gesetzmässigkeiten setzen sich machtvoller durch als von Menschen erlassene Gesetze, und wir haben unter den Politikern viel zu viele Juristen und zu wenig naturwissenschaftlich Gebildete. Eine echte und definitive Überwindung der beschriebenen Stolpersteine würde keine Staatswirtschaft bedeuten, die sich nicht bewährt hat, sondern die Rückkehr zu gemischtwirtschaftlichen Lösungen, die der Schweiz und anderen ein jahrzehntelanges, wenn nicht jahrhundertlanges Wohlergehen gebracht haben.

Für die Schweiz entsteht die Gefahr der Übervölkerung ausschliesslich aus der Zuwanderung, denn die Geburtenziffer der Einheimischen ist bestimmt nicht zu hoch. Das Problem betrifft deshalb ausschliesslich die Migrationspolitik. Damit ist die Abstimmung über die Erweiterung der sogenannten Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien sowie dieses EU-Prinzip überhaupt, vom 8. Februar 2009, von grosser Bedeutung für ihre Zukunft.

Dr. med. Jean-Jacques Hegg, Facharzt FMH für Psychiatrie, a. Nationalrat

Literatur (Auswahl): 1) Lorenz Konrad: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit; Piper München/Zürich 1973. 2) Eibl-Eibesfeldt Irenäus: Wider die Missbrauchsgesellschaft. Streitschrift für eine bessere Zukunft; Piper München/Zürich 1995; 3) Wilson Edward O.: Die Einheit des Wissens; Siedler Berlin 1998; 4) Hegg Jean-Jacques: Biopolitik. Der Mensch in der Zerreihsprobe zwischen Alt- und Neu-hirn; Hans Erpf Bern/München 2001.

Für Wanderungssaldo null

All die Anstrengungen werden vom Bevölkerungswachstum zunichte gemacht. Weltweit kommen 80 Millionen Menschen (ein Deutschland) jedes Jahr zu den schon 50 Millionen Hungernden dazu, schweizweit kommt pro Jahr ein Luzern dazu (50 000 Menschen). Dies bedeutet für unser Land pro

zehn Jahre die ungeheure Mehrzahl von einer halben Million Menschen! Wie wäre es mit einem Wanderungssaldo null? Dieses Jahr sollen nur so viele dazukommen, wie letztes Jahr ausgewandert sind? Das ergibt erstmals einen Silberstreifen am Horizont.

Dr. med. Peter Meyer, Zürich



Heimatschutz zum Ausverkauf der Heimat

Seit einigen Jahren werden zunehmend neue Grossprojekte für die Beherbergung und Unterhaltung von Touristen lanciert. Aus der Sicht des Schweizer Heimatschutzes (SHS) ist der Standortwahl und der Gestaltung touristischer Grossprojekte wesentlich mehr Beachtung zu schenken, als dies bis heute der Fall war. Sie haben gegenwärtig Hochkonjunktur. In Champéry zum Beispiel plant der Immobilienkonzern «Maisons de Biarritz» einen Ferienwohnungskomplex mit mehr als 900 Betten. Nicht nur in Randregionen wecken solche Projekte hochfliegende wirtschaftliche Hoffnungen. Oft werden sie als einzige Überlebenschance dargestellt. Entsprechend schwierig ist es für Behörden und Bevölkerung, die Projekte kritisch zu hinterfragen. Die Gefahr besteht, dass kurzfristige wirtschaftliche Interessen die Sicht auf eine nachhaltige Entwicklung und kulturelle Werte versperrern. Aus der Sicht des SHS ist bei der Planung von touristischen Grossprojekten den Themen Nachhaltigkeit, Standortwahl und Gestaltung wesentlich mehr Beachtung zu schenken. Deshalb hat der SHS in seinem neusten Positionspapier mehrere Forderungen formuliert.

So ist die Anbindung eines Resorts an bestehende touristische Infrastrukturen und an das bestehende Siedlungsgebiet eine zentrale Anforderung an den Standort. Die Bauten sollen auch in kultureller Hinsicht hohen Anforderungen genügen. Der SHS fordert eine architektonisch überzeugende Weiterentwicklung der Baukultur und lehnt die Schaffung von Traumwelten ab. Dass solche Grossprojekte beispielhaft in Bezug auf den Ressourcenverbrauch sein müssen, erachtet der SHS als selbstverständlich.

Das Positionspapier soll Investoren, Bevölkerung, Behörden und Verbänden die Haltung und Erwartungen des SHS aufzeigen. Ziel ist, dass diese Anliegen in frühen Planungsphasen berücksichtigt werden können und die Projekte damit an Qualität gewinnen.

Der SHS lehnt eine Aufhebung der Lex Koller ab. Gegen die Ausnahmebewilligung, die der Bundesrat für den Resort Andermatt (dortige touristische Hotelanlage mit Sport- und Freizeiteinrichtungen) erteilt, hat der SHS protestiert. Es soll bei dieser Ausnahme bleiben, teilte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bei ihrer Antwort mit.

Viele Säuger vom Aussterben bedroht!

Barcelona. Ein Viertel aller Arten von Säugetieren weltweit sind vom Aussterben bedroht. Dies zeigt die Rote Liste der bedrohten Tiere und Pflanzen, welche die Weltnaturschutzunion (IUCN) am 6. Oktober 2008 an einem Kongress in Barcelona vorlegte. Insgesamt untersuchte die Organisation dieses Jahr 800 Tier- und Pflanzenarten auf ihre Gefährdung hin. Mehr als ein Drittel gelten als vom Aussterben bedroht; das seien 16 900 Arten, 1300 mehr als vor einem Jahr, schreibt die Organisation, die ihren Sitz in Gland VD hat. Ihr besonderes Augenmerk hatten die Forscher diesmal auf die Säugetiere gerichtet. «Noch zu unseren Lebzeiten könnten Hunderte von Säugetierarten als Folge des menschlichen Handelns verlorengehen», sagte IUCN-Chefin Julia Marton-Lefebvre. Von 4500 untersuchten Säugetierarten sind 1140 bedroht; von über 840 weiteren liegen nicht genügend Informationen vor. «In Wirklichkeit ist es möglich, dass bis zu 36 Prozent aller

Arten von Säugetieren bedroht sind», betonte der Artenschutzexperte Jan Schipper. 188 Säuger werden in der Roten Liste unter der Kategorie der am stärksten bedrohten Arten geführt.

Die Rote Liste verzeichnet auch einige positive Entwicklungen. Beim Afrikanischen Elefanten (*Loxodonta africana*) nahmen die Bestände in Ost- und Südafrika so stark zu, dass der Grad der Gefährdung zurückging. Wildpferde (*Equus ferrus*) wurden in der Mongolei erfolgreich ausgesetzt. Die Art gilt nicht mehr als «ausgestorben in der Wildnis», sondern nur noch als «kritisch gefährdet». Dasselbe gilt für die in den USA und Mexiko ausgesetzten Schwarzfuss-Iltisse (*Mustela nigripes*).

Auch einige in der Schweiz vorkommende Arten stehen auf der Roten Liste, wie der WWF Schweiz mitteilte, unter anderen Wildkanninchen, Luchs, Braunbär, Wolf, Biber, Rothirsch und zahlreiche Schweizer Fledermausarten.

SDA/DPA

Aktuelle «historische» Ereignisse – nüchtern und bei Lichte betrachtet!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Die Wahl des dukelhäutigen Barack Hussein Obama wurde nicht nur von der afroamerikanischen Bevölkerung als Durchbruch in ein neues Zeitalter ohne rassistische Vorurteile gefeiert, auch zahlreiche Kommentatoren aus aller Welt überschlugen sich in Begeisterungstürmen.

Das Schweizer Fernsehen übertraf sich selbst mit Sondersendungen, so als ob die Schweiz der 51. Bundesstaat der USA wäre und es für uns nichts Wichtigeres gäbe, als zeitverzugslos zu wissen, wer das Rennen macht.

Tatsache ist, dass der scheinbare Erdrutschsieg eine Folge des amerikanischen Wahlsystems ist (Anzahl x Elektoren pro Bundesstaat und der Sieger nimmt alle mit!) und dass Obama keine so erschütternde Volksmehrheit hinter sich hat. Effektiv erhielt er gerade mal 52% der Stimmen. Und diese Mehrheit kam dank folgender Faktoren zu Stande:

- Viele US-Bürger haben von der arroganten, imperialistischen Weltpolitik der Bush-Administration die Nase voll. Lügen, Kriege und Zehntausende geschädigter Kriegsveteranen haben das Vertrauen in die Weisheit der republikanischen Staatsführung ins Wanken gebracht.
- Die Finanzkrise und die aufkommende Wirtschaftskrise werden voll den Republikanern angelastet – obwohl die Clinton Administration und frühere demokratische Regierungen tapfer mitgeholfen haben, den Zusammenbruch vorzubereiten. Die Schlagworte vom «Change» und der Schlachtruf «Yes, we can» kamen in dieser Situation gut an.
- Obama und seine Mannschaft führten einen geschickten Wahlkampf und verstanden es, die Farbigen, viele Jungwähler und bis anhin Passiv-Bürger an die Urne zu locken.

Ein Gesinnungswandel der Bevölkerungsmehrheit ist m.E. nicht zu erkennen. Die überhebliche Einstellung gegenüber andern Völkern hat sich kaum geändert. Noch immer ist ein toter Amerikaner mindestens

10-mal mehr wert als z.B. ein toter Palästinenser oder Afghane. 500 000 tote irakische Kinder haben sich laut Madeleine Albright (Ex-US-Aussenministerin) gelohnt, um den Irak ins Chaos stürzen zu können. Und kaum jemand in den USA protestiert!

Josef Joffe, der Herausgeber der «Zeit» schrieb: **«Obama ist nicht zu schwarz und nicht zu weiss, nicht zu jung und nicht zu alt, weder links noch rechts.»**

Er wurde zur globalen Projektionsfläche aller Wünsche und Hoffnungen. Bereits wurde er mit Ghandi verglichen – getan hat er allerdings noch nichts. Dazu hat er einen vielversprechenden Namen:

Barack Hussein Obama – und eine spezielle Lebensgeschichte:

- Afrika liebt ihn wegen seiner Grossmutter!
- Asien wegen seines Stiefvaters!
- Der mittlere Osten wegen seines mittleren Namens «Hussein»!

Aber, wenn Obama als Verkörperung des «American Dream» berühmt wird, ist zu bedenken, dass Träume schnell platzen können – so wie etwa der Traum, dass jeder Amerikaner sein eigenes Haus bewohnen müsse.

Und – sollten die übergrossen Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen, könnten die Mehrheiten schon in vier Jahren wieder wechseln.

Zur Finanzkrise – man versucht das Feuer mit Öl zu löschen!

Obama will die sich rasant entwickelnde Wirtschaftskrise offenbar mit den gleichen Mitteln bekämpfen wie sein Vorgänger und die meisten betroffenen Staaten weltweit. Die irrwitzige Überversorgung mit ungedecktem Papiergeld hat zur Krise geführt; zur Bekämpfung der Krise wird nun das ganze System zusätzlich mit Papiergeld, resp. virtuellem Geld geflutet.

Hauptsache, der Konsum bricht nicht ein – die Verschwendung unserer ersetzlicher Güter – von fossilen Energieträgern bis seltenen Metallen – hält an und die Talfahrt der Ausplünderung des Planeten geht weiter. Zur Stützung der Wirtschaft ist schliesslich auch jeder Krieg willkommen!

Über Andeutungen (Sarkozy), dass das Finanz-System überdacht, respektive neu konstruiert werden müsse sind die Vertreter der Industrie-Staaten noch nicht hinausgekommen.

Schon vor Jahren schrieb Dr. Lawrence Parks von der «Foundation



Barack Obama will die Herausforderungen «frontal» angehen.

for the Advancement of Monetary Education» (FAME-New York) (Zitat): **Auf ungedecktem Papiergeld beruhende monetäre Systeme gehen immer unter, weil Habgier und Machtgier keine Grenzen kennen. Diejenigen, welche die Möglichkeit haben, Geld aus dem Nichts zu schöpfen und daraus Nutzen zu ziehen, übernehmen sich immer.**

Die Konsequenzen, nämlich die Rückkehr zu einem Geldsystem, das auf realen Werten beruht, scheint man noch immer nicht ziehen zu wollen oder nicht zu können. Das heute gültige System der Papierdollars wurde ja schliesslich auch in Schritten vom Goldstandard zum «non-valeur» hinunter entwickelt und erst 1971 gemäss Plan der Bilderberger gänzlich vom Gold abgekoppelt.

Das deckungslose Papiergeld aber erlaubt die schlimmsten, politischen Manipulationen mit enormen Staatsverschuldungen (bis zum Kollaps) wie auch

- das Führen endloser Kriege mit schrecklichen menschlichen Opfern und der unermesslichen Wertevernichtung;
- die stille «Entreichung» aller Bürger – weltweit!;
- die Konzentration der sachlichen Reichtümer dieser Erde in den Händen von Wenigen;
- die Unterjochung der schwächeren Völker ohne entsprechende zivilisatorische oder kulturelle Leistungen;
- usw. usf.

Es ist kein Wagnis zu prognostizieren, dass noch viel passieren wird, bis die Manipulatoren dieser Welt umdenken und dem Geld seine ursprüngliche Funktionen wieder zurückgeben werden, nämlich

- jene der Werte Aufbewahrung und Sicherung und
- die Erleichterung jeder Wirtschaftstätigkeit über seine Funktion als Tauschmittel.

Die Krise im Nahen Osten.

Soeben ist die Friedensverhandlung der «Vier von Anapolis» erfolglos abgebrochen worden. Der Hoffnungsträger Obama wird in naher Zukunft kaum viel an der verzweifelten Situation ändern können. Die USA ist über die zionistische Hochfinanz auf Gedeih und Verderben auf die Unterstützung der israelischen Politik eingeschworen. Das bedeutet, dass die Unterstützungsmilliarden von Dollars nach Israel fliessen, auch wenn

- sämtliche UNO-Resolutionen durch Israel missachtet werden;
- die völkerrechtswidrige Besatzungs- und Unterdrückungspolitik weiter geführt wird (zu denken ist an den Mauerbau; die Zerstückelung des Landes, die gezielten Tötungen; die Kollektivstrafen; die Zerstörung der Infrastruktur; die Ruinierung der Lebensgrundlagen; usw. usf.)
- die ethnische Säuberungs- und Diskriminierungspolitik der altingesessenen Bevölkerung gegenüber stetig weiter vervollkommen wird;
- die andauernde Drohung mit Atomwaffen, resp. mit Massenvernichtungsmitteln gegenüber den Nachbarstaaten keine echte Friedensbereitschaft aufkommen lässt.

In den USA existiert im politischen Hintergrund eine finanzstarke, einflussreiche Israel-Lobby, die jeden Versuch der Zivilisierung des israelisch-zionistischen Unrechtsstaates mit dem Schlagwort des Antisemitismus, ja der Holocaust-Leugnerei zu blockieren weiss. Ob Obama dieses heisse Eisen anzurühren wagt, wird sich in den kommenden Monaten und Jahren weisen.

Das Erdöl – Fluch für die betroffenen Völker!

Das 20. Jahrhundert wurde geprägt durch den steigenden Einsatz billiger, fossiler Energie. Billig deshalb, weil in den nationalen Buchhaltungen der Besitzer-Länder das ausgebeutete Öl nirgends als Abnahme des natürlichen Reichtums erschien und buchhalterisch berechnet wurde. Und die Erträge aus dem Verkauf vorwiegend in die Kassen der berühmten «Sieben Schwestern» (BP, Shell, Esso, Mobil, Gulf Oil, Texaco, Chevron) ging. Dazu kamen

als Nutzniesser ab 1971 (Aufhebung der Gold-Bindung des Dollars und Vervielfachung des Erdöl-Preises) noch die internationalen Grossbanken. Und die Besitzer-Länder wurden überall zum Spielball der jeweiligen Grossmächte, wie vor allem Englands, Frankreichs und später der USA. An dieser Stelle ist ein Zitat aus F. William Engdahls Werk «Mit der Ölwanne zu Weltmacht» angezeigt. (Zitat):

Das Sykes-Picot Abkommen enthielt den Plan der Grossmächte, wie das Osmanische Reich nach dem Krieg unter sich aufzuteilen sei. Die Einzelheiten waren im Februar 1916 ausgearbeitet, das Vertragswerk im darauffolgenden Mai unterzeichnet worden. Mit diesem Abkommen sollte Frankreichs Zustimmung dafür gewonnen werden, dass Grossbritannien den grössten Teil seiner Truppen und seines Kriegsgeschäfts aus dem europäischen Kriegsschauplatz in den Nahen Osten verlegte. Um dem französischen Unterhändler Georges Picot, dem früheren Generalkonsul in Beirut, dahingehend Zugeständnisse abzurufen, hatte Sykes Vollmacht, Frankreich wertvolle arabische Gebiete im Osmanischen Reich zu versprechen. – Er bot z.B. Frankreich die Herrschaft über ein Gebiet mit der Bezeichnung «A» an. Es umfasste Grosssyrien mit dem späteren Libanon. Dazu gehörten die Städte Aleppo, Hama, Horns und Damaskus, aber auch die Erdölvorkommen in Mosul im Nordosten des heutigen Irak. Ausdrücklich wurden Frankreich die Ölkonzessionen der türkischen Petroleumgesellschaft zugesprochen, die der Deutschen Bank gehörten. Unter «französischem Protektorat» sollten die französisch kontrollierten arabischen Gebiete sich vom Osmanischen Reich «unabhängig» erklären dürfen.

Das «Gebiet B» südöstlich des französischen Gebietes umschloss das heutige Jordanien und östlich davon die Gebiete des heutigen Irak und Kuwait mit den Städten Basra und Bagdad. Dieses Gebiet schlug das Sykes-Picot Abkommen Grossbritannien zu. Darüber hinaus sollten die Städte Haifa und Akko (heute Akko) an England fallen und das Recht, eine Eisenbahnlinie quer durch das französische Gebiet nach Bagdad zu bauen. Das Abkommen gestand ausdrücklich den Transport britischer Truppen auf dieser Bahn zu. Italien hatte man das Bergland an der Mittelmeerküste Südanatoliens und die vorgelagerte Zwölferinselgruppe versprochen. Das zaristische Russland sollte die armenischen Gebiete der Türkei und Kurdistan südwestlich von Eriwan erhalten.

Abgesehen von diesen Bestimmungen des Sykes-Picot Abkommens steckten die Briten die Staatsgrenzen der arabischen Reststaaten willkürlich ab. So kam es zur Bildung der Staaten Syrien und Libanon unter französischem Protektorat wobei Transjordanien, Palästina, Irak und Kuwait den britischen Interessen dienen sollten. Sie bestehen zum grössten Teil bis heute fort und dienen, wie im Golf-Krieg zu beobachten war, als Vorwand für ganz anders motivierte militärische Interventionen. Persien wurde seit 1905 von Grossbritannien kontrolliert.

Die spätere Veröffentlichung dieses Abkommens (1917 durch die Kommunisten!) brachte Grossbritannien in diplomatische Verlegenheit, da es den Führern der Araber grosszügige Versprechen gemacht hatte, um sie noch während des Krieges zum Aufstand gegen die türkische Herrschaft zu bewegen. Es wurde klar, dass die Versprechen von Anfang an in betrügerischer Absicht gemacht worden waren.

Der «edle» Laurence war sich des britischen Betrugs an den Arabern voll bewusst. «Ich riskierte den Betrug» gab er wenige Jahre später in seinen Lebenserinnerungen zu, «weil ich überzeugt war, dass die arabische Unterstützung für einen billigen und raschen Sieg im Nahen Osten unabdingbar war und dass es besser war zu siegen und das Wort zu brechen, als zu unterliegen...



An der Wallstreet herrscht «Beklemmung».

Der Tod von über 100 000 arabischen Freiwilligen verteuerte die Kosten des «billigen und raschen Siegs» in englischen Augen nicht nennenswert. Um selbst in den Genuss der riesigen Ölvorkommen und der politischen Vorteile zu kommen, die mit der Kontrolle des arabischen Raums verbunden waren, hat Grossbritannien seine Versprechungen verraten, noch bevor es sie gegeben hatte.

Noch vor Ende des Ersten Weltkrieges am 11. 11. 1918 zog Grossbritannien auch Frankreich über den Tisch und besetzte grosse französische Territorien im arabischen Raum. Nach dem Niedergang Englands nach dem Zweiten Weltkrieg trat die USA genau in die Fussstapfen Englands. Alle Versuche, den Entwicklungsländern in der 2. Hälfte



Hauptsache, der Konsum bricht nicht ein...

te des 20. Jahrhunderts wirklich zu helfen, wurden unterbunden. Herausragende Persönlichkeiten, die diese Bestrebungen unterstützten, starben eines plötzlichen (meist gewaltsamen) Todes oder wurden politisch kaltgestellt. Zu erinnern ist etwa an

– Premierminister Mossadegh (gestürzt 1953)

– Enrico Mattei (tödlich «verunglückt» 1957)

– John F. Kennedy (ermordet 1963)

– Jürgen Ponto (ermordet 1977)

Erinnern Sie sich noch an die Colombo-Erklärung der blockfreien Staaten von 1976?

– Man forderte eine neue Finanzierungsinstitution, eine internationale Rohstoffbank, die an die Stelle des IWF-Neokolonialismus treten sollte. Man wollte die Abhängigkeit der Dritten Welt von Grossbritannien, Frankreich und den USA lockern und durch engere Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt ersetzen. Zollvereine sollten die Industrie der Drittwelt-Staaten schützen. Doch diese Bestrebungen wurden von den genannten Grossmächten erbarmungslos zerschlagen. Die Politiker, die sich für die Colombo-Erklärung eingesetzt hatten, wurden kurzum aus ihren Regierungsämtern entfernt. Man erleidigte «einen Fall nach dem andern» – so drückte sich der feine Nobelpreisträger Henry Kissinger aus.

Im März 1977, kaum sechs Monate nach der Erklärung von Colombo, war Indira Ghandi nicht mehr im Amt. Frau Bandaranike von Sri Lanka verlor ihr Amt unter tätiger Mithilfe der CIA im Mai 1977. Frederick Wills, von Guayana wurde am 14. Februar 1978 unter dem Druck der USA zum Rücktritt gezwungen.

In allen Fällen scheint Kissinger zusammen mit dem englischen und den amerikanischen Geheimdiensten eine treibende Rolle gespielt zu haben. Damit war dann das Kind der blockfreien Staaten schon vor der Geburt «abgetrieben»!

Wie heute allgemein bekannt ist, musste

– Jugoslawien als staatliche Einheit zerschlagen werden, weil das jugoslawische Modell als Konkurrent zum reinen Kapitalismus galt – und wegen der strategischen Lage für die Sicherung der Ölpipelines aus dem Kaukasus-Gebiet. Zudem war Slobodan Milosevic nicht bereit, sein Land zum Vasallen der USA werden zu lassen.

– der Irak ins Chaos gestürzt werden wegen seiner Ölvorräte, die Saddam Hussein für sein Volk nutzen wollte;

– der Iran seit Jahrzehnten ins Visier der USA geraten, weil er so ölreich ist und wegen seiner wichtigen strategischen Lage;

– Afghanistan in einen entsetzlichen Dauerkrieg verwickelt werden, wegen seiner wichtigen Lage für die Erschliessung der zentralasiatischen Öl- und Gaslager und weil die Taliban (die im Krieg gegen Russland so nützlich gewesen waren!) plötzlich nationalistische Interessen vertraten.

Der interessierte Leser möge sich auch überlegen, was die Freibeuter aus dem kapitalistischen Lager Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion angetan haben und dann seine Schlussfolgerungen in Bezug auf die gegenwärtigen Bestrebungen, sowohl auf amerikanischer wie auch russischer Seite ziehen.

Peace for our time

jubelte Neville Chamberlain 1938 nach dem Münchner Abkommen und wusste dabei genau, dass die Lunte am Pulverfass schon längst angezündet war. Die Bush-Administration sprach und spicht dauernd von Demokratie und Menschenrechten und verletzt gleichzeitig weltweit die entsprechenden Regeln. Wenn Obama Frieden bringen will, dann muss er

– die Vorherrschaft des militärisch-industriellen Komplexes in den USA brechen;

– zur Respektierung der internationalen Organisationen und zwischenstaatlichen Regeln zurückfinden;

– die Geheimdienste zügeln, resp. den «Krieg im Dunkeln» beenden;

– den Anspruch der USA aufgeben, die ganze Welt als ihr Eigentum zu betrachten, d.h. die Gleichberechtigung aller Völker akzeptieren;

– die Desinformation und Verhetzung der eigenen Bevölkerung abbauen; insbesondere die angebliche Sicherheitsbedrohung des nordamerikanischen Kontinents als Märchen deklarieren und schliesslich

– die Manipulation und Entwicklung des «gläsernen» Menschen stoppen.

Ob Barack Hussein Obama das alles schafft, steht in den Sternen geschrieben. Zur Zeit schieben sich dicke Wolken der Wirtschaftskrise in sein Blickfeld. Es ist schwer, Optimist zu bleiben!

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf

www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

GESUCHT:

**Berner, seit Pensionierung in der
Romandie lebend**, wünscht
Kontakt zu patriotischen Deutsch-
schweizer Kreisen (da mangelhaft
französisch sprechend). Meine
Interessengebiete: Politik, Alpinis-
mus, Skitouren, Waffensammeln,
Reisen weltweit – speziell aber
Lateinamerika, klassische Musik,
Literatur. Region Montreux,
Telefon 079 517 82 60

**Suche Musiker für Mundart-Rock-
band**, Schlagzeug, Bass, Gesang,
Raum ZH/Innerschweiz, Kontakt:
«Mundart», Postfach 1951,
8027 Zürich

Grosse **Bronze-Figur** für in den
Garten! Region Biel,
Telefon 032 331 91 35

Nette Menschen, die ein Streifen-
hörchen haben oder Menschen,
die **Streifenhörchen** züchten.
Telefon 079 239 47 39, abends
ab 21 Uhr am besten erreichbar

Suche **ausgedientes Militär-
material**, St. Gallen,
Telefon 079 639 06 07 oder
roland.uhler@bluewin.ch

**Samle in meinem kleinen
Museum Schweizer Produkte aus
früherer Zeit**, oft mit einem Arm-
brustsymbol gekennzeichnet.
Gerne Artikel, die man in einem
Haushalt benutzt: Verpackungen,
Büchsen, Reklame, Zeitschriften,
Werkzeuge... einfach alles!
Kanton St. Gallen,
Telefon 079 787 69 54 oder
wiedemermar@postmail.ch

**Kaufe von privat altes Spielzeug
vor 1970** (Eisenbahnen, Autos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten
usw.) auch alte Spielzeugautos aus
Holz mit Reklame (z.B. Migros,
PTT, Maggi, Coop u.ä.), sowie alte
Ansichtskarten vor 1950.
Stadt Zürich,
Telefon 079 643 55 64

ZU VERKAUFEN:

Haus-Sauna mit allem Zubehör.
Kann mit normalem Personen-
wagen abgeholt und transportiert
werden (kann in einem Bade-
zimmer aufgestellt werden).
Mit Elektro-Anschluss.
Preisgünstig! Region Bern,
Telefon 031 931 46 33

Oelgemälde von C. Roesch von
1922, Grösse 141 x 128 cm, mit
Rahmen, Preis nach Absprache,
Kanton Thurgau,
Telefon 052 657 35 67

Laubsauger, Typ Parkside, wie
neu, VP Fr. 50.–, Kanton Thurgau,
Telefon 052 657 35 67

1 Film-Betrachter, Super8, Typ
«Bauer», Neupreis Fr.155.–,
VP Fr. 30.–, Luzern,
Telefon 041 280 52 17

Yucca-Kunstpflanze mit drei
echten Holzstämmen, 2 m hoch,
max. 1 m breit, VP Fr. 50.–,
Region Biel,
Telefon 032 331 91 35

**Bio-Knospen Olivenöl und
Schweizer Essig** von Waldkirch
SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

ZU VERSCHENKEN:

4 Bierfässer, auch geeignet für
Gartensitzplatz. Müssen abgeholt
werden. Region Bern,
Telefon 031 931 46 33

**1 Sammlung elektrischer Rasier-
apparate**, hauptsächlich «Philips»
und «Braun» und **1 Ton-Vase**,
50 cm hoch, geeignet in Park oder
Garten, Region Luzern,
Telefon 041 280 52 17

REISEN/WANDERN:

**SD-Pensionierte, die gerne
wandern (ganze Schweiz)**. Später
eventuell Gründung einer Wander-
gruppe. Wer macht mit?
Aus der Region Berner-Oberland
Telefon 033 951 36 74

BEKANNTSCHAFTEN:

Hübsche Schweizerin, etwas mol-
lig, lange, dunkle Haare, braune
Augen, nettes Gesicht, fröhlich,
temperamentvoll, verständnisvoll,
zärtlich, treu und Nichtraucherin,
sucht **lieben, treuen Mann**, Alter
25 bis 55 Jahre.
Telefon 079 239 47 39, abends ab
21 Uhr am besten erreichbar

Traumfrau zwischen 25 und 40,
gepflegt, häuslich, hübsch, mög-
lichst NR, in der Ostschweiz?
Gesucht von einem Berner, gross,
schlank, gut aussehend, im Kanton
St. Gallen wohnend.
Welche Sie getraut sich?
doeschwoo@bluewin.ch oder mit
Briefpost an **Chiffre-Nr. 51, SD-
Marktplatz, Postfach 1531,
4001 Basel**

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

**Kälte, Hunger, Heimweh – So-
wjetische Kriegsgefangenschaft
1941–1956**
Zwischen 1941 und 1945 gerieten
etwa 3,5 Millionen Angehörige der
deutschen Wehrmacht und der
Waffen-SS in russische Kriegsge-
fangenschaft. Darunter befanden
sich auch Schweizer und Ausland-
schweizer, die sich aus unter-
schiedlichen Gründen freiwillig für
den Kriegeinsatz gemeldet hat-
ten... Zum Thema «Gefangenen-
und Lagerleben» findet eine inter-
essante Ausstellung statt, die noch
bis zum 15.03.09 geöffnet bleibt
(jeweils Montag geschlossen).
Wo: **Historisches und Völkerkun-
demuseum**, Museumstr. 50,
9000 St. Gallen, www.hmsg.ch

Kein Witz – sondern eine erfreuliche Tatsache!

Kürzlich haben in Bern 24 Personen aus Gewerkschaftskreisen und der SP ein linkes Komitee gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU gegründet. Das bis jetzt ausschliesslich aus Romands bestehende Links-Komitee will auch in der Deutschschweiz aktiv werden. Für die Mitglieder des Komitees habe die Personenfreizügigkeit mit der EU «**die freie Ausbeutung der Arbeitnehmer und die Schwächung der Gewerkschaften zum Ziel**», so Gründungsmitglied Michel Gindrat, Gewerkschafter aus dem Kanton Neuenburg.

Herzlichen Dank unserem treuen Gönner A.R., Lausanne

Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich und SD Schweiz

Grüezi Gummihälse



Sie kommen in Scharen, sprechen laut und wissen alles besser. Immer mehr Deutsche leben und arbeiten in der Schweiz und treten dort in so manchen Fettnapf. Den Spitznamen Gummihälse haben sie sich eingebrockt, weil sie unentwegt nicken, wenn der Chef etwas sagt. Bruno Ziauddin erzählt mit viel Humor vom Kampf der Kulturen im Alpenland, von Mentalitätsunterschieden, sprachlichen Missverständnissen und warum die Deutschen sich nicht wundern müssen, wenn die Schweizer ihre Niederlagen im Fussball wie eigene Siege feiern. «Ein Deutscher, der lauthals verkündet, wie gerne er die Schweiz mag», so der Autor, «das kann sich für uns schon mal anfühlen, wie der feuchte Kuss einer Tante.»

von Ziauddin Bruno; Warum uns die Deutschen manchmal auf die Nerven gehen. 222 Seiten, ISBN 3-499-62403-6. Kann im Schweizer Buchdienst, Postfach 8116, 3001 Bern, bestellt werden.

Die SVP in der Klemme?



Markus Borner,
e. Grossrat,
SD-Vizepräsi-
dent, Basel

Bundesrat Samuel Schmid nahm endlich den Hut! Um seine Nachfolge herrscht nun ein Gerangel. Einige «Bürgerliche» treiben hierbei sonderbare politische Spielchen. Die SVP selbst ist sich uneins und zerstritten. Wohin führt dies?

Für den Schreibenden ist es nicht ganz einfach, in einer Monatszeitung – mit der entsprechend langen Vorlaufzeit – eine politische Situation zu kommentieren, welche im Vorfeld der Bundesratsersatzwahl vom kommenden 10. Dezember fast täglich ändert.

SVP-Opposition, wahrlich ein Aprilscherz!

Als Christoph Blocher im Dezember 2007 von der Vereinigten Bundesversammlung (für die SVP ganz überraschend) abgewählt worden ist, ging diese Partei in die sogenannte Opposition, was dies auch immer heissen mag. In Tat und Wahrheit politisierte die SVP in gewohnter Manier weiter... in Bern stimmten deren Parlamentarier einfach einige Male mehr mit Nein! Verschiedenen SVP-Partei-schergewichten wie Peter Spuhler oder Ueli Giezendanner passte dieser Kurs aber gar nicht! Von da an gab es in der SVP viel Zwist, der oft und gerne in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Ein Hauptthema war hier immer wieder der Einflussanspruch von SVP-Übervater Christoph Blocher, dem wichtigsten Vordenker und Financier der Partei!

Bundesrat Samuel Schmid, der Unnachgiebige

Die SVP musste feststellen, dass ihre Rücktrittsforderung gegenüber Eveline Widmer-Schlumpf, «Nachfolgerin» von Christoph Blocher im Justizdepartement – da nicht mit dem Segen der Partei ins Amt gewählt – von niemandem ernst genommen wurde. Frau Widmer konnte sich dank des weltweiten Finanzdebakels und ihrem zusätzlichen Einsatz als «Stellvertreterin» des erkrankten Vorstehers des Finanzdepartementes, Hans-Rudolf Merz, gar noch ohne grosses eigenes Zutun, wertvolle «Pluspunkte» als fähige Bundesrätin gutschreiben lassen.

Bei Samuel Schmid war dies alles ganz anders: Obwohl ihn bei verschiedenen Vorkommnissen keine direkte persönliche Schuld trifft (u.a. tödliche Unglücksfälle in der Armee), hatte er doch die «Fähigkeit», negativ in andern gewichtigen Angelegenheiten die Verantwortung an andere – ihm untergeordnete Instanzen und Personen – zuzuschieben (Fall des Ex-Armeechefs Roland Nef oder auch bei der Heimschickung von 70 aufgebotenen Rekruten in Kloten, da für diese keine Unterkunft zur Verfügung stand). Anmerkung des Schreibenden: Wenn – wie so oft in der Vergangenheit, die Schweiz von einer Asylantenwelle heimgesucht wird – wird jeweils sehr rasch für deren Unterkunft und Verpflegung gesorgt. Diese werden nicht gleich wieder nach Hause geschickt!

In den letzten Monaten wurde Samuel Schmid insbesondere wegen fragwürdigen Inhalten des Rüstungsprogramms 2008 von SVP und linker Seite unter Beschuss genommen. Die SVP störte sich ebenso an den geplanten Auslandseinsätzen von Schweizer Armeemännern und an der Tatsache, dass fast ein Milliarde Franken in eine Armee gesteckt werden sollte, die gar nicht (mehr) einsatzbereit ist!

Es ist eine Tatsache, dass Samuel Schmid – trotz der zahlreichen Angriffe – auch durch die Medien – viel Klebstoff am Hintern hatte und einfach nicht zurücktreten wollte. Gründe für sein Verharren sind etwa Folgende: Er wollte als Mitglied der neu gegründeten BDP der SVP zeigen, wo es lang geht; er wollte das Rücktrittsdatum selbst bestimmen; er wollte nicht als angeschlagener Bundesrat in den Ruhestand treten usw.

Da kam dem VBS-Vorsteher die Gallenblase-Geschichte gerade recht: Ein Spitalaufenthalt ermöglicht nachzudenken und bringt zudem Sympathien sowie Nachsicht bei Freund und Feind!

Bundesrat Samuel Schmid, der plötzlich Zurücktretende?

An der kurzfristig einberufenen Pressekonferenz vom 12. November – zuerst frühmorgens und dann detaillierter nachmittags – gab Samuel Schmid «überraschend» seinen Rücktritt auf Ende des Jahres bekannt. Nur wenige Stunden zuvor reichte Samuel Schmid verschiedenen SVP-Exponenten (gar seinen schärfsten Widersachern!) im wahrsten Sinne des Wortes die Hand zum Grusse. Was lief da ab in den letzten Stun-



Besuch von Bundesrat Samuel Schmid im Feld?

den vor Bekanntgabe seines Rücktritts? Plötzlich erklärte sich die SVP-Fraktion in Bern bereit, dem Rüstungsprogramm zuzustimmen, falls da und dort einige (kosmetische) Verbesserungen realisiert würden. In der Politik läuft halt manches hinter vorgehaltener Hand ab! Ein Nasenbluten des abtretenden VBS-Vorstehers an der Pressekonferenz ist vielleicht fürs Fernsehen «spektakulär» – politisch aber absolut unwichtig! Mit diesem «Theaterspiel» von verschiedenen Protagonisten erhielt Samuel Schmid (mehr konnte er gar nicht mehr erwarten!) als VBS-Vorsteher einen Abgang in Würde und die SVP die Möglichkeit, künftig wiederum im Bundesrat Einsitz zu nehmen!

Blocher chancenlos

Dass Christoph Blocher erneut in den Bundesrat gewählt wird, ist etwa so wahrscheinlich, wie – dass ein Kamel durch ein Nadelöhr gedrückt werden könnte. Nicht einmal alle SVP-Parlamentarier würden ihm die Stimme geben. Die Zeiten haben sich geändert! Als Nebenbemerkung sei festgehalten: «Das Wort «Dankbarkeit» existiert in der Politik nicht!»

Nicht wenige SVP-Politiker wollen nichts wissen von Opposition (die real betrachtet auch nie eine solche war!). Diese arrivierten Politiker (dank der Blocher-Politik!) wollen an die Futtertröge und Nutzen ziehen aus ihrer Position für sich und ihresgleichen (Bau- und Immobilienhaie, nimmersatte Industrielle, Cüpli-Bauernlobby usw.). Der frechste Parteipräsident bei den Bundesratsparteien ist zweifellos Christophe Darbellay von der CVP, den die eigenen Leute im Wallis nicht einmal als Regierungsrat

wollten. Die wussten warum! Darbellay verlangt von einem SVP-Bundesratskandidaten (Blocher kommt da sowieso nicht in Frage!), dass dieser für die EU-Personenfreizügigkeit einstehen müsste. Dies zeigt einmal mehr, wie die CVP oder zumindest deren «Oberschnurri» Darbellay mit der Meinungsfreiheit umgeht. Was würde er wohl sagen, wenn ein jeder Bundesratsanwärter der CVP für die Abtreibung eintreten müsste?



Zurück zur SVP: Diese sitzt nun in der Klemme. Christoph Blocher weiss nur zugut, dass er keine Chance hat, erneut in den Bundesrat gewählt zu werden. Vermutlich ist ihm bewusst, dass dies in seinem fortgeschrittenen Alter auch keine Option mehr sein kann. Christoph Blocher wird aber versuchen, bei dieser Wahl sein politisches Gewicht nochmals in die Waagschale zu werfen, damit die SVP diesen Sitz beerben kann und dies mit einem SVP-ler, der die richtige SVP-Politik durchzusetzen weiss. Somit sind SVP-Politiker wie die Nationalräte Bruno Zuppiger und Ueli Giezendanner sowie Ständerat Hannes Germann weit weg vom erhofften Fensterplatz im Bundeshaus!



Multikulturell = Multikriminell

AZ, 27.10.2008: «**Mit 166 km/h in der Stadt unterwegs**». Unter diesem Titel stand die Meldung, dass ein Autofahrer in der Stadt Zürich in eine Radarkontrolle geraten ist. Erlaubt wären an dieser Stelle der A1 nur 80 km/h gewesen. Dem 26-jährigen Bosnier wurde der Fahrausweis auf der Stelle abgenommen und sein Auto sichergestellt.

AZ, 28.10.2008: «**Schweizer als Freiwild von Ausländer-Gangs?**» Diese Frage drängt sich auf, wenn man folgende Meldung zum Prozess liest, der vor dem Jugendgericht Bülach begonnen hat: Ein 16-jähriger Thailänder hat 2007 an der Streetparade in Zürich einen 18-jährigen Schweizer erstochen. Vorher hatte dieser ausländische «Gast» die Freundin des 18-Jährigen belästigt. Als der Schweizer es gewagt hatte, seine Freundin zu schützen, wurde er kaltblütig niedergestochen.

Aber der Tiefpunkt der Mitteilung folgt noch. Der Thailänder war laut AZ Mitglied einer Jugendbande von 23 Buben (?) und 1 Mädchen zwischen 12 und 16 Jahren aus insgesamt zehn Ländern. Offenbar handelte es sich ausschliesslich um Ausländer, denn wenn nur ein einziger Schweizer dabei gewesen wäre, hätte die ausländerfreundliche AZ mit «aus x Ländern, darunter der Schweiz» geschrieben. Ausserdem stand im Bericht (wörtlich): «Sie hatten sich in zwei Gruppen aufgeteilt, von denen eine für das Gebiet vom Bellevue bis zur Blatterwiese zuständig war, die andere im hinteren Stadtgebiet. Sie bedrohten Gleichaltrige, teilten Schläge aus, stiessen sie in den See, setzten Schlagringe und sogar Schusswaffen ein. Das Ziel war, den Opfern die Handys und Bargeld abzunehmen.» (Zitatende).

Bei dieser geradezu professionell organisierten Gangsterbande

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier.

Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!



Spitzenplatz in der Kriminalitätsstatistik: Kosovo-Albaner

spricht die AZ von «Buben und Mädchen»!

Schlussbemerkung: Ich behaupte schon seit vielen Jahren, dass wir in der Schweiz mit ca. 25 Prozent Ausländern (die sehr vielen Eingebürgerten, die oft nur schlecht oder gar nicht integriert sind, kommen da noch hinzu) nicht mehr Herr im eigenen Land sind.

AZ, 28.10.2008: «**Tourist stirbt nach Attacke**.» So der Titel über folgendem Bericht: Ein Engländer und ein Franzose waren in der Bahnhofstrasse von Luzern unterwegs, als sie in der Nähe des Bahnhofs auf eine Gruppe von vier Personen trafen. Nach kurzem Wortwechsel wurde der Engländer von einem Typen aus der anderen Gruppe mit einem Faustschlag niedergestreckt und so schwer verletzt, dass er am folgenden Tag starb. Der Täter ist ein Chinese, der seit mehreren Jahren in Kriens wohnt.

AZ, 28.10.2008: «**Einbrecher-Trio verhaftet**.» Zu den Serientaten will ich mich nicht weiter äussern. Interessant ist höchstens die Täterschaft. Es handelt sich laut AZ «um zwei Serben und einen Kosovaren mit Schweizer Bürgerrecht». Dies ist deshalb interessant, weil unsere schweizerfeindliche Aargauer Zeitung normalerweise einfach von «Schweizern» schreibt und nur so nebenbei (falls überhaupt) deren frühere Nationalität erwähnt.

Juniorenfußball – Schiedsrichter mehrfach mit Mord gedroht

Ein vorläufiger Tiefpunkt bei der schleichenden Machtübernahme

von Ausländern in der Schweiz ist erreicht: Bei einem A-Junioren-Fussballspiel ereignete sich laut AZ vom 1. November 2008 folgender, beinahe unglaublicher Vorfall. Der 18-jährige Artan Qeta (das ist kein Druckfehler, der heisst offenbar wirklich so) vom FC Suhr (AG) hatte zuerst vom Schiedsrichter wegen Ballwegschiessens «gelb» erhalten, worauf dieser den Schiri aufs Gröbste beleidigte. Darauf zeigte ihm der Schiri die rote Karte. Was folgte, würde nicht einmal in einem schlechten Krimi gezeigt. Der 18-jährige ausländische Schnösel erhob darauf laut AZ mehrfach Morddrohungen gegen den Schiedsrichter. Dieser meldete den Vorfall an die Wettspielkommission des Aarg. Fussballverbandes (AFV), der den Spieler mit der für einen Regionalverband maximal möglichen Sperre von einem Jahr belegte. Diese Sperre könnte durch den Schweiz. Fussballverband noch erhöht werden. Zusätzlich zur exemplarischen Bestrafung wurde der Junior per sofort aus dem Verein ausgeschlossen und mit einem Stadionverbot belegt.

Serbischer Sozialhilfebezüger bzw. -betrüger

AZ, 5.11.2008: Vor dem Bezirksgericht Zürich wurde folgender Fall behandelt: Ein 36-jähriger Serbe kassierte vom Sozialamt der Stadt Zürich während über zwei Jahren zu Unrecht Sozialhilfegelder von Fr. 3200.– pro Monat (total 79000.– Franken). Mit dem Geld finanzierte sich der Mann Casino-besuche, Luxusreisen und vier Autos sowie Kokain zum Verkauf (wo-

bei er sicherlich zusätzlich noch «ganz schön» verdiente, denn sonst hätte er alle diese Dinge niemals berappen können, die Red.). Er spielte mindestens zwei Mal pro Monat in einem Spielcasino, und bei den Autos handelte es sich nicht um irgendwelche Schrottautos, sondern um Oldtimer, die bekanntlich nicht gerade billig sind. Auf alle Delikte im Detail einzugehen, würde zu weit führen. Hier sei nur das Strafmass erwähnt, wenn man überhaupt von «Strafe» sprechen kann: Ganze 18 Monate; natürlich bedingt!

Und jetzt das absolute Maximum: Auf eine Busse von Fr. 500.– (in Worten fünfhundert!) verzichtete das Gericht; ebenso auf das Schadenersatzbegehren der Stadt Zürich sowie die Verfahrenskosten. Diese «dürfen» jetzt die Zürcher Steuerzahler übernehmen.

Dragan Najman, Baden

Und noch ein Fall von Sozialbetrug

AZ, 6.11.2008: Diesmal betrifft es einen Türken, und es geht um einen weit höheren Betrag, nämlich um über Fr. 400000.– (!). Die Kantonspolizei Zürich hat einen IV-Betrüger überführt. Der Türke hatte gegenüber Ärzten und der Invalidenversicherung schwerste psychische Beschwerden geltend gemacht. (Das ist bei IV-Betrügern seit Langem ein gängiger Trick, wie jeder Arzt bestätigen kann. «Psychische» Beschwerden lassen sich nämlich viel schwerer widerlegen



Kriminelle und gewalttätige Ausländer gehören hinter Schloss und Riegel.

als medizinische, die Red.). Insbesondere könne er «sich nicht konzentrieren, leide unter Wahrnehmungsstörungen sowie optischen und akustischen Halluzinationen. Er habe Angst, sein formales Denken sei gehemmt, er leide unter Antriebsarmut und könne keine zwei Stunden lang ruhig sitzen. Zudem lebe er sozial zurückgezogen». Die Kantonspolizei fand heraus, dass er nicht nur seit 1999 eine Liegenschaft in Istanbul besitzt, sondern er ist seit Jahren als «halbprofessioneller Spieler» (so bezeichneten ihn laut AZ die Betreiber seines Stamm-Casinos) Stammgast im Casino. Falls der Fall jetzt nicht aufgefliegen wäre, hätte er bis zu seiner Pensionierung weitere Fr. 900 000.– IV-Gelder bezogen.

Bemerkung: Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie leicht man in der Schweiz unsere IV betrügen kann. Vom oben erwähnten Arzt (übrigens selber ein ehemaliger Ausländer) habe ich erfahren, dass bei den IV-Antragstellern ein weit überdurchschnittlicher Teil (im Vergleich zum Ausländeranteil in der Schweiz) Ausländer sind.

Bei solchen Leuten funktioniert der «Buschtelegraph», wie man die Versicherung betrügen kann, wohl bedeutend besser.

Endlich mal was Positives

AZ, 25.10.2008: «**Alle Schüler zum Schwimmunterricht.**» Das Bundesgericht hat betreffend Schwimmunterricht für zwei Knaben einen früheren Entscheid umgestossen und die Beschwerden abgewiesen. Der Vater der beiden hatte beim Stadtschulrat Schaffhausen den Antrag auf Dispensierung vom ge-

schlechtlich gemischten Schwimmunterricht gestellt, weil die Familie dem Islam angehöre. Das Gesuch wurde zuerst von der Städtischen Kreisschulbehörde, dann vom Erziehungsrat und dem kantonalen Obergericht abgelehnt. Das Bundesgericht hat nun mit drei zu zwei Stimmen diese Dispensierung auch abgelehnt, weil diese den Integrationsbemühungen zuwiderlaufe. Damit wurde ein Urteil des Bundesgerichts vom Jahr 1993 umgestossen, mit welchem ein islamisches Mädchen vom gemeinsamen Schwimmunterricht befreit worden war. Begründung: In den letzten 15 Jahren hätten sich die Grundlagen geändert. Man beachte die Beharrlichkeit – mit der dieser moslemische Familienvater sein angebliches «Recht» durchzudrücken versucht. Und es ist wohl anzunehmen, dass er für diesen ganzen Behördenweg nichts bezahlen muss.

Bemerkung: Dieser Entscheid ist zu begrüßen. Endlich erteilt eine wichtige schweizerische Instanz den wachsenden Islamforderungen in unserer Heimat eine klar begründete Absage (und somit Leitlinie!). Aber ich bezweifle sehr, dass der Vater das Urteil akzeptieren wird. Zuerst wird er wohl an den Europäischen Gerichtshof in Strassburg gehen und, falls er dort Recht bekommen sollte, wird die Schweiz sich diesem Urteil duckmäuserisch (wie immer) wohl beugen! Ausserdem wird dieser Vater wohl andere Mittel finden, um die Dispens durchzudrücken. Werden möglicherweise seine Söhne jeweils an den Schwimmunterrichtstagen «krank» sein?

Dragan Najman, Baden



Dank «Integrations»-Massnahmen von Hilfswerken bleiben selbst abgewiesene Asylanten oft jahrelang in der Schweiz.

gibt es keine echten Gründe, um aus den drei anderen genannten Ländern zu flüchten, es sei denn, man nehme Stammeskämpfe als Fluchtgrund. Der Hauptgrund ist wohl, dass sich schon überall herumgesprochen hat, dass die «ganze» Welt in der Schweiz «willkommen» ist und hier fürstlich bedient wird. Selbst die absurdesten «Asylgründe» führen zuerst zu den verrücktesten Prozeduren bis vors Bundesgericht, und bis dann auch das allerletzte Gericht negativ entschieden hat, sind Jahre vergangen. Und dann kann man doch diese «armen» Leute nicht wieder zurückschicken, weil sie sich doch «so gut» integriert haben und ihre Kinder hier in die Schule gehen.

Und noch eine «ewige» Asylanten-Geschichte

Man kann sich noch gut daran erinnern, als im Januar 2008 eine ukrainische Familie (Frau mit fünf Kindern) im Tessin gefunden worden ist. Nachdem sie bereits mehrmals versucht hatten, illegal in die Schweiz einzureisen, versuchten sie es diesmal im Tessin über die Berge. Sie wurden wieder erwischt, laut Zeitungsberichten angeblich «kurz vor dem Erfrieren». Natürlich drückten unsere Pseudo-«Hilfsorganisationen» kräftig auf die Tränendrüsen.

Am 13.11.2008 (also nach weiteren zehn Monaten) berichtete die AZ unter dem Titel «Familie muss in die Ukraine zurück», dass das Bundesverwaltungsgericht (genau wie vorher das Bundesamt für Migration) eine Rückkehr der Familie in die Ukraine als zumutbar erachtet und das Asylgesuch abgewiesen

hat. Auch medizinische Probleme seien nicht vorhanden. Kein Grund seien auch die von der Mutter geltend gemachten Probleme mit ihrem Ex-Mann (!!!). Diese Frau, bzw. die sie mit Sicherheit begleitende «Hilfsorganisation», hat wirklich keinen Grund ausgelassen, um Asyl zu erhalten. Wir dürfen annehmen, dass dies noch nicht das Ende dieser «ewigen» Geschichte ist? Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden gewissenlose «Hilfsorganisationen» (gewissenlos deshalb, weil sie mit solchen Machenschaften Asylgesuche der wenigen wirklich verfolgten Menschen ebenfalls fragwürdig erscheinen lassen) Mittel und Wege finden, um eine Ausweisung dieser Leute weiterhin zu verhindern.

Dragan Najman, Baden

Asylforderungen steigen rasant

(Ich schreibe ausdrücklich «Forderungen» und nicht, wie amtlich üblich, «Gesuche», denn diese Leute fordern Asyl; wenn sie es nicht erhalten, gehen sie vor Gericht, unterstützt und wohl auch bezahlt von unseren sogenannten «Hilfsorganisationen» wie Caritas, HEKS usw. Eigentlich logisch, denn ohne Asylanten würden die meisten hier beschäftigten Asylantenhelfer wohl keine Arbeit haben.)

AZ, 12.11.2008: Im Oktober 2008 wurden 2116 Gesuche eingereicht, das sind 24 Prozent mehr als im

Vormonat. Und in den ersten zehn Monaten 2008 wurden 12467 Asylgesuche eingereicht; das ist ein Anstieg von 37 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode. Diese Tatsachen allein sind schon schlimm genug, wenn man aber die Herkunft dieser (Schein-) Asylanten anschaut, läuft mir ein kalter Schauer über den Rücken. Im Oktober 2008 kamen 407 dieser Scheinasylanten aus Eritrea, 308 aus Somalia, 183 aus dem Irak und 166 aus Sri Lanka.

Warum schreibe ich Scheinasylanten: Ausser Irak, wo wirklich sehr unruhige Verhältnisse herrschen,



Kanton Aargau: Voranzeige

Grossratswahlen vom

8. März 2009 im Kanton Aargau

Wählen Sie mit Liste 7 «Schweizer Demokraten»!

Am 8. März 2009 finden im Kanton Aargau die Grossratswahlen statt. Dank den SD Aargau, welche erfolgreich beim Bundesgericht Beschwerde gegen das bisherige Wahlsystem eingereicht haben, wird nun das neue Wahlverfahren nach dem Modell «Doppelter Pukelsheim» angewendet. Nach diesem Wahlmodell hat neu jede abgegebene Stimme gleich viel Gewicht. Das neue Wahlgesetz begünstigt die klei-

nen Parteien. Das Minimalziel der SD Aargau am 8. März 2009 sind drei Sitze, wir arbeiten aber mit vollen Kräften daraufhin, fünf Sitze zu erringen. So könnten wir eine eigene Fraktion bilden. Deshalb appellieren die SD Aargau jetzt schon an die Wählerinnen und Wähler, am 8. März 2009 unbedingt die Liste 7 der Schweizer Demokraten in die Urne zu legen.

*René Kunz,
Präsident SD Aargau, Reinach*

BDP – Selbsterkenntnis – der erste Schritt zur Besserung

Kurz nach der Wahl zum Präsidenten der BDP bezeichnete Hans Grunder seine Partei als «Spitzbuben-Partei». Man mag dies als Spass oder als Freud'schen Versprecher bewerten; Tatsache ist, dass er damit sich selbst, die Exponenten dieser Partei und die Partei selbst trefflich charakterisierte.

Hans Grunder – ein Spitzbube?

Er kann auf entsprechende Fragen (siehe Interview in der BeZ vom 3. November 2008) keinen einzigen triftigen Grund angeben, wieso er diese neue Partei gegründet hat. Eine ideologische Differenz zur SVP, die ihm vor einem (!) Jahr die Wahl in den Nationalrat ermöglichte, vermag er nicht zu formulieren. Die Begründung – wegen der konsequenten Haltung der Parteileitung nach dem Wahldebakel in den Bundesrat – ist so fadenscheinig, dass man sie nicht näher untersuchen mag. Hätte die Parteileitung den Rückenschuss von Widmer-Schlumpf gegen den klaren Beschluss der DV, des Zentralvorstandes und der Fraktion der SVP einfach hingenommen, wäre ein Austritt aus einer «Partei von Waschlapen» schon eher begründbar gewesen.



Zwei «Spitzbuben»: Noch BDP-Bundesrat Samuel Schmid und BDP-Präsident Hans Grunder.

Aber eine neue Partei zu gründen, für die er nun erst noch ein politisches Programm kreieren muss, damit aber die Mutterpartei schwer schädigend – das ist von keinem ernsthaften Politiker zu erwarten und muss als Selbst-Deklassierung gewertet werden. Die Partei habe ihm mit dem Geschenk des «Spitzbuben» auffordern wollen, «die Aufgabe mit Humor» anzupacken, erklärte Hans Grunder. Merkt er nicht, wie lächerlich er sich damit macht. Aber es passt wohl zu seinem Dreh mit seinem Spezi im Bundesrat, dem ebenfalls schnauzbärtigen BR Samuel Schmid. Zusammen haben sie dem SCL ein paar Millionen eingespart beim Kauf/Verkauf des Zeughauses Langnau – sofern dieser Deal nicht doch noch versalzen wird. Die Zeche zahlt so oder so der Bund, resp. der Steuerzahler. Beim Bemühen, Unterschiede zwischen SVP und BDP, resp. FdP und

BDP zu finden, klammert sich Grunder an gerade zur Abstimmung anstehende Vorlagen. Allesamt sind diese jedoch nur von zeitlich begrenzter und ohne grundsätzliche Bedeutung. Nach deren Entscheide wird der «Spitzbube» Hans Grunder dann wieder neue Unterschiede finden müssen, um die Existenz «seiner» Partei begründen zu können.

Die Partei-Exponenten – lauter Spitzbuben? – oder nur Mitläufer?

Den Parteipräsidenten haben wir oben bereits skizziert. Man kann höchstens noch fragen, ob er wirklich ein Spitzbube (was eine gewisse Schlaueheit und Intelligenz bedeuten würde) oder einfach ein unbedarfter Spieler sei. Was ja beim Präsidenten eines Schlittschuhklubs nicht überraschend wäre. Sicher ist, dass er in einer zu hohen Liga spielt und offenbar nicht begriffen hat, welche Werte auf dem Spiel stehen. Zum zweiten Partei-Exponenten, dem jetzt auch gesundheitlich angeschlagenen BR Schmid, möchte ich aus einem Artikel in unserer Zeitung vom Januar dieses Jahres zitieren. Unter dem Titel «Polit-Theater in der Schweiz» lesen wir dort (Zitat):

Entgegen den Vorschlägen und dem Willen der Fraktion der SVP wählten im Jahre 2000 jene Kreise den Berner Ständerat Samuel Schmid zum Nachfolger Ogis, die jetzt Blocher abgewählt haben. Dieser entpuppte sich rasch als Förderer von Ogis Abbau-Strategie – sehr zur Freude der Linken und Armee-Abschaffer und holte sich seinerseits seine Beliebtheit als Festredner bei Sportanlässen (vom Jungenskilager bis zum Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest).

Gleichzeitig fällt der heutige desolatte Zustand unserer Armee ganz in Schmid's Verantwortung. Eine Situation, die uns im Bestreben, unserer Unabhängigkeit zu wahren, noch sehr ernsthafte Probleme schaffen wird.

Im Zusammenhang mit den Bundesratswahlen 2007 hat sich Samuel Schmid als wortbrüchiger Intrigant geoutet und auch Frau Eveline Widmer-Schlumpf ins gleiche Boot geholt.

Heute wissen wir, dass der Intrigant Schmid noch weitere hervorragende Eigenschaften besitzt. Er ist stark im Aussitzen von Krisen und im Schönreden schlimmer Zustände in seinem Departement. Er ist ein hervorragender Vertuscher von unangenehmen Wahrheiten, wie z. B. dem Abbau der Milizarmee, die er angeblich schützen will oder des Zusammenbruchs der Logistik der

Armee. Sogar für die Konkordanz im Bundesrat hat er eine neue Definition kreiert, wonach nicht der Stimmenanteil in den nationalen Wahlen über den Anspruch auf Sitze im Bundesrat entscheiden solle, sondern die Übereinstimmung der politischen Programme (mit wem?). Damit will er den Besitzstand von zwei Räten bei voraussichtlich weniger als 3 Prozent Stimmenanteil seiner BDP begründen. Er stellt sich somit als echter Spitzbube dar!

Damit kommen wir zur dritten Exponentin, zu Frau E. Widmer-Schlumpf. Auch hier nochmals ein Zitat aus unserer Zeitung:

«Dass die Bündner im Verbund mit der links-grünen Koalition E. Widmer-Schlumpf nach Annahme der Wahl zu einer Strahlefigur hochjubelten, ist menschlich verständlich. Schwerer verständlich ist die Tatsache, dass sich Frau Widmer angesichts ihrer angeschlagenen Gesundheit für dieses Spiel zur Verfügung stellte. Geradezu als Verhöhnung ist ihre Qualifizierung in gewissen Medien als «unverbrauchte Kraft aus den Bergen» zu bezeichnen. Dies, während man auf den verschiedensten Bildern den Eindruck einer leidenden Frau nicht übersehen konnte.»

Es ist zuzugeben, dass Frau Widmer-Schlumpf sich bemüht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Die Stellvertretung von BR Merz war wahrhaftig keine leichte Aufgabe. Ob die unter ihrer Leitung getroffenen Massnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise und ihrer Folgen jedoch richtig waren, wird erst die Zukunft zeigen. Zweifel sind erlaubt. Das Erbe von BR Blocher hingegen war für ihre schmalen Schultern offenbar zu schwer. Nicht nur hat sie unverzeihlicherweise die besten Mitarbeiter im Departement hinausgeschmissen, sie hat im Asylbereich die offensichtlichen Erfolge von Herrn Blocher bereits verspielt. Ist sie nun ein «Luusmeitschi»? Wohl eher eine tragische Figur, die in ihrem Familien-Ehrgeiz jedes Mass verloren hat. Was ist nun mit den andern bekannten Leitfiguren, wie die NR Haller, Gadiant, Hassler und SR Luginbühl? Sie alle verdienen keine nähere Betrachtung. Es sind Mitläufer ohne Format, bar jeden Verantwortungsgefühls für das Schicksal unseres Landes. Neben den Schweizer Demokraten und der EDU war und ist die SVP die einzige, grosse politische Kraft, die sich für die politische Unabhängigkeit unseres Landes wirklich einsetzt. Und sie war auf Erfolgskurs. Die erwähnten Partei-Exponenten der BDP sind verantwortlich, wenn die SVP ge-

schwächt wurde und der Niedergang der Schweiz nicht gebremst werden kann.

Die BDP – eine Spitzbuben-Partei!

So wurde sie von ihrem ersten Präsidenten Hans Grunder bezeichnet! Eigentlich könnte man diese Abqualifizierung einfach so im Raume stehen lassen. Es scheint aber angebracht, wenigstens über die Berner und die Bündner Sektion noch einige Worte zu verlieren.

Viele Berner SVPLer konnten es nie verwiden, dass sie als die Ur-Erben der BGB im Rahmen der wachsenden SVP eine zunehmend schwächere Rolle spielten. Zudem verlor die einstige Berner Mehrheitspartei im Kanton die dominierende Stellung. Und da meinten offenbar gewisse Berner Spitzbuben, das sei eine Folge der harten und konsequenten Politik der schweizerischen Partei. Und glauben, mit einem Schmusekurs zu alter Grösse im Kanton zurückzufinden und gründen eine neue Partei – ohne Profil – ohne klares Programm – ohne Rücksicht auf die Verluste der Mutterpartei. Dieser Spitzbuben-Partei steht ein böses Erwachen bevor.

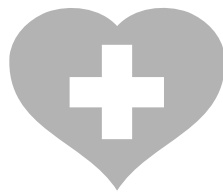
Die alten Bündner Demokraten wurden von Leon Schlumpf sen. in die SVP hineingeführt, damit er selbst zu höchsten politischen Würden aufsteigen konnte. Seine Tochter sollte nun sein Erbe weiterführen und dafür gab sie sich für das oben erwähnte üble Spiel hin. Und die Kantonalpartei folgte ihr in Vasallen-Treue.

Es ist nicht zu erkennen, wie solch unfaires Spiel zu einem dauerhaften politischen Erfolg führen könnte.

Wenn übrigens Grunder den erhofften, zukünftigen Erfolg an seinen zwei aktuellen Bundesräten aufhängt, erweist er sich einmal mehr als unbedarfter Spitzbube. Denn erstens ist es unklug, damit zu rechnen, dass ein bereits kränkelder, in die Jahre gekommener Bundesrat und eine offensichtlich leidende Bundesrätin noch lange den Stress einer politischen Kampfsituation ertragen werden und zweitens verkennt er, dass ein Sitz im Bundesrat das Ergebnis von Wahlerfolgen auf nationaler Ebene ist und nicht umgekehrt. Der heutige Zustand mit zwei Bundesräten und fünf oder später auch sechs Parlamentariern ist ohnehin eine absolute Anomalie, die gewiss spätestens in drei Jahren korrigiert werden wird.

Der BDP kann man nur raten, so rasch wie möglich den Rückwärtsgang einzuschalten und sauberen Tisch zu machen – ohne Spitzbuben-Spiele.

Hans Spitz, Köniz



Un matraquage programmé



Mary Meissner,
Vernier

Les médias parlés, écrits et chantés se donnent le mot pour matraquer jour après jour les citoyens qui attrapent le vertige emportés malgré eux dans ces carousels tournant sur la même mélodie et avec les mêmes commentaires et les mêmes slogans copiés-collés.

Le grand cirque américain qui dure depuis deux ans, est l'exemple absolu provoquant un raz le bol dans la population mondiale, plutôt qu'un intérêt aussi intense que la propagande coûteuse de clans qui s'affrontent 24 heures sur 24.

Il en va de même avec d'autres sujets choisis selon l'air du temps et si l'on écoute les nouvelles, on peut

lire n'importe quel journal en biais puisque les deux tiers sont déjà connus.

Tout ceci pour arriver au sujet très préoccupant qui sera l'objet d'une votation dans quatre mois et nous devons nous préparer à déguster durant cette période, les commentaires plus ou moins exacts, les appels réitérés et les critiques injustifiées fusant sur des affiches, dans la presse et aux informations télévisées, je parle du référendum contre la libre circulation des Bulgares et des Roumains en Suisse.

Déjà Economie Suisse et Doris Leuthard chantent les louanges des bilatérales qui ont permis une explosion faramineuse de notre économie, et pas d'augmentation de chômage dû aux milliers d'étrangers qui peuvent maintenant venir travailler dans nos industries, nos commerces et même notre police. Ces suppôts du mitage de notre sol, du bétonnage de nos champs, de l'agrandissement de nos stations d'épuration, de la mul-



tiplication des problèmes scolaires et de la délinquance abonnée à nos prisons surchargées, ne soulignent jamais l'étouffement que nous subissons petit à petit. Ces gens qui viennent en Suisse pour survivre, y trouvent non seulement de quoi manger, se vêtir, s'éduquer, mais surtout un sol pour construire leurs maisons, leurs écoles, leurs commerces ou tout autre activité humaine devenue impossible chez eux. Bien sûr que l'économie boume, mais d'abord en leur faveur et nous sommes le socle sur lequel ils s'installent souvent mieux que les Helvètes eux mêmes, et pas un seul

de ces individus chanceux n'a une pensée pour protéger des sites uniques, des coutumes ancestrales respectant un style de vie agréable. Connaissant les Roms qui n'attendent que l'ouverture des frontières pour venir voler et mendier chez nous comme ils le font déjà en Italie débordée, il y a lieu de juguler alors qu'il en est encore temps, un étouffement total qu'il sera difficile de stopper.

De plus Doris Leuthard qui n'a pas la stature pour lutter contre le rouleau compresseur de l'UE et des mondialistes boulimiques, veut ouvrir toutes grandes les portes de l'agriculture à une libéralisation débridée, contribuant ainsi à aider les futurs vautours à venir faire leurs nids dans nos propres jardins.

La facture sociale aussi va en prendre un sale coup et avec la récession programmée qui pointe à l'horizon, nos institutions d'aide humanitaire vont faire faillite sur notre dos.

Le Pileri

Bizarre

Il paraît que le cervela va retrouver sa peau en intestins de bœufs du Brésil, mais seulement vers 2010. Ce qui est bizarre dans cette information, c'est que l'Union professionnelle suisse de la viande, doit demander à Berne de faire pression sur l'UE pour réautoriser l'importation de viande du Brésil. Il me semblait que la Suisse n'appartenait pas à l'UE et qu'elle avait signé des contrats bilatéraux séparément avec les pays du monde entier?

Vivisection en hausse

Décidément plus on avance dans la nanoindustrie et les connaissances thérapeutiques et plus on recule dans l'éthique animale et la compassion vis-à-vis de nos amis sans défense. L'année dernière, 726392 animaux ont été utilisés à des fins expérimentales, ce qui représente une hausse de 3.5% par rapport à 2006. Depuis l'an 2000, la hausse est de 28%.

Que de souffrances inutiles causées par les centres de recherches pharmaceutiques, les universités, et les laboratoires dans les hôpitaux. Lorsque l'on apprend journellement qu'il y a des décès dus à des remèdes dangereux pourtant expérimentés sur de malheureuses petites bêtes mortes pour rien, on peut vraiment explorer la miséricorde d'un Dieu adoré par les créationistes de tous bords. Cette constatation devrait être prise en compte par ces nouveaux illuminés qui naissent aux USA.

N'oublions pas nos amis les animaux

Voilà une nouvelle saison de ski qui cette année commence bien-tôt. Nos pauvres oiseaux des neiges comme les tétras lyres seront de nouveau dérangés dans leurs amours, et les lacopèdes seront très nerveux pour se dissimuler dans quelques congères. L'égoïsme des humains n'a pas de borne, et entre les chasseurs, les skieurs et

autres sportifs, ce qui fait le charme de la planète Terre, disparaît dans le silence. Nos stations ornithologiques demandent la création de zones d'hivernage dans les Alpes vaudoises et valaisannes (le font-elles aussi aux Grisons, Tessin Nord et les cantons primitifs?). Je me demande cependant à quoi ça sert puisque les skieurs hors piste se font de plus en plus nombreux et refusent de prendre en considération les panneaux interdisant certaines zones...

Le Jour J, 4 novembre

C'est donc cet après-midi que le monde entier connaîtra le nom du nouveau président des Etats-Unis. La majorité des citoyens vivant en dehors de ce pays qu'ils soient américains ou autochtones, espèrent que Barak(a) Obama sera l'heureux élu. Heureux? Ce n'est pas certain. De toutes façons que ce soit lui ou un autre, l'ambiance actuelle mondiale ne se prête pas à réalisation des belles promesses qui accompagnent les flonflons de musique allègre. Ni les uns, ni les autres ne réussiront à assurer les

millions de citoyens qui sont sans aide médicale depuis des lustres, les soldats morts au front de l'Irak, Koweït, Afghanistan ou Colombie ne reviendront pas, au contraire ils attendent d'autres victimes, et les propriétaires endettés par les subprimes dormant dans les rues, devront attendre longtemps pour obtenir un toit sur leurs têtes. Il y aura une nouvelle bulle financière qui va éclater, obligeant le gouvernement quel qu'il soit, à changer de fond en comble le système monétaire, surtout maintenant qu'ils ont en face d'eux les pétroliers qui tiennent le couteau par le manche.

Nous ne sommes pas au bout de nos peines et le destin nous réserve de drôles de surprises.

Mais puisque les hommes sont les champions pour prendre les mauvaises décisions sans s'occuper des dégâts colatéraux, et que peu d'entre eux regardent vers l'au-delà où nous allons tous sans bagage, attendons stoïquement que tombe sur nos têtes l'épée de Damoclès.

Oraison funèbre à la faune aquatique

Cher lecteur du Démocrate Suisse, t'es-tu jamais demandé pourquoi les protecteurs des animaux ne parlent jamais du sort misérable réservé à tous les poissons? On les traite pire que les animaux égorgés dans les abattoirs, ou que les blancs massacrés sur la banquise. Ils souffrent tout autant que le taureau dans l'arène, ou qu'un rat vivisectionné. Ils meurent peut-être dans des souffrances inimaginables lorsqu'ils sont jetés en vrac sur le pont d'un navire, salés et surgelés encore respirant avec peine hors de l'eau, éventrés pour arracher le caviar des femelles, harponnés méchamment, pêchés avec des hameçons plantés dans le palais, ou offerts comme appâts vivants.

Franz Weber a donné la parole à



Antoine Goetschel, avocat, dans son journal de novembre, sur cinq pages magnifiques de vérité et de compassion concernant cette catégorie d'êtres vivants auxquels on n'accorde pas l'attention portée aux autres animaux. Il y a longtemps que pour ma part, je prie chaque soir pour que ces milliards de malheureuses bêtes aquatiques quelles qu'elles soient, aient une mort douce, sans souffrance et très rapide, sachant que c'est un vœu

pieux inapplicable et inappliqué. Alors je continue à maudire une planète si cruelle envers tout ce qui vit, y compris les arbres et les fleurs. J'ai par contre de la peine à inclure les insectes dans cette oraison funèbre.

De manger du poisson en lieu et place de viande et se dire végétarien et plutôt inapproprié. Mais chacun décide de la qualité de sa nourriture et point n'est besoin d'exiger de son voisin qu'il renonce à sa viande ou à son poisson. Vous pouvez par contre diminuer les portions et agir dans votre assiette comme dans votre appartement où vous économisez l'énergie. De toutes façons, si vous visionnez dans votre esprit les souffrances infligées à votre truite ou votre cabillaud lors de sa pêche, si vous sentez

sur votre langue le goût de la mer ou d'un torrent de montagne, le plaisir sera mitigé et l'appétit s'en ira. Vous contribuerez à garder la faune aquatique équilibrée et les usines à poissons disparaîtront. Les milliers de sushi bars qui s'ouvrent maintenant selon un mode japonaise, devront fermer leurs portes en supprimant également l'emploi de baguettes nécessitant la disparition de millions d'arbres.

Une pensée de compassion va également aux arbres sciés, aux plantes étêtées, et surtout aux fleurs guillochées pour couvrir des chars, les bouquets qui se fanent sur les tables de noces, et les couronnes qui se meurent dans les cimetières.

Mary Meissner

Le Piloni

Que faire contre les arrivées massives de chicunghunia?

Ces insectes nuisibles, souvent indétectables mais dangereux, sont originaires d'Afrique. L'autre jour, à bord d'un même vol, 21 bestioles sont arrivées à Cointrin-Genève, munies de faux papiers. Comment cela se fait-il qu'il n'y ait eu aucun contrôle déjà au départ du Nigéria, pays avec lequel la Suisse a un accord de «rapatriement» qui devrait s'appliquer avant le départ de ces insectes belles de nuit en majorité venant polluer les trottoirs de nos villes? Le comble est leur demande de «droit d'asile» basé sur de faux documents, de faux métiers et de fausses larmes. A cette catégorie de chicunghunias, il faut ajouter des dealers, des voleurs à l'astuce, et comme aux Pâquis la semaine passée, un violeur récidiviste arrêté 39 fois, remis en liberté qui a recommencé ces attaques avec un ciseau. Ce dernier, Algérien, ne peut être renvoyé car malheureusement, avec son pays, nous n'avons pas encore pu signer un accord de rapatriement. N'y aurait-il donc aucune mesure de répression possibles pour remédier à cet envahissement en augmentation?

L'autre côté de la médaille

Malgré ces déboires et l'angoisse des habitants de certains quartiers de Genève, le Groupe H2O-Energies à Vessy, continue imperturbablement à tendre la main aux pays émergents en leur fournissant un système de filtration et de désinfection

de l'eau qui produit 20 000 litres d'eau potable en 24 heures permettant de fournir un millier de personnes. Kofi Annan lui-même soutient la livraison de ces filtres magiques nécessaires surtout aux hôpitaux, écoles et dispensaires. Mais aussi aux chicunghunias arrivant ici sous de fallacieux prétextes et de faux papiers.

Paradoxes

Comment peut-on encore faire un Salon de la finance à Genève, consacré exclusivement aux produits financiers de haut vol, soit presque toutes les banques qui viennent de prouver leur inefficacité financière. Ces messieurs qui vont promouvoir la finance mondiale, ont-ils dans leur bagage des alternatives positives pour changer leur façon de travailler, sans arnaquer leurs clients? Vont-ils essayer de ne pas vendre un produit inexistant et imprécis qui est une vente à risque? Vont-ils considérer que seul le bien acquis peut être vendu, et non quelque chose de virtuel? Vont-ils interdire de vendre une dette par une dette ce qui équivaut à céder rien pour rien? Vont-ils dénoncer l'usure comme une pratique immorale. Il faut bannir la vente à intérêt à l'origine d'endettement exorbitant? Seront-ils capables de mettre un frein aux débordements boursiers, aux transactions virtuelles et à l'emballage des riders? Vous allez me dire que ces principes sont ceux des banques islamiques, ou si vous préférez musulmanes, mais dans ce cas précis, le Prophète avait raison. Mais de tels procédés appliqués en Occident, n'impliqueraient pas le risque de soutenir le terrorisme.

A Soleure, l'horreur!

Trois chauffards âgés de 18 ans ont tué une Suissesse de 21 ans au volant d'une Golf entre Aarau et Schönenwerd, au cours d'un rodéo imbécile où ces Turc, Croate et Serbe se dépassaient à tour de rôle à plus de 100 km/h sans se préoccuper des voitures venant en sens inverse. Banal incident de la route direz-vous, un de plus, mais où le scandale surgit, c'est lorsque ces étrangers de l'Est deviennent des assassins chez nous, laissés libres par une police qui ne les met même pas en détention. Il leur sera facile de s'enfuir dans leur pays, de se rétracter au tribunal vu la liste des voyous attendant d'être jugés, et même de maquiller une version maquillée des faits. Evidemment, cette affaire provoque l'émoi outre Sarine, mais l'injustice et l'incompétence de notre justice n'étant plus à démontrer, on peut prévoir l'immunité et quelques jours anodes, comme punition pour la mort d'une jeune femme. De plus il est possible que ces tueurs inconscients restent bien planqués en Suisse s'ils sont entrés sous prétexte d'échapper à leur propre police pour demander un droit d'asile usurpé et basé sur le mensonge.

Les Pays Bas, producteur de cannabis

Ce pays occidental, c'est notre Colombie à nous, Européens en lutte contre tous les stupéfiants. Alors que certains pays de l'U.E. accusent la Suisse de tous les maux, ils se gardent bien d'accuser l'un des leurs d'être le fossoyeur des en-

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
info@democrates-suisse.ch
www.democrates-suisse.ch

Droits de l'homme, démocratie, ONU

Nous devons voter sur la suppression de l'article 261 bis de la Constitution fédérale contre lequel notre parti avancé une demande d'annulation. C'est le moment d'expliquer le pourquoi de ce geste important contre une loi muselière inconstitutionnelle. J'en veux pour preuve lors de la Fondation de l'ONU en 1948, il n'y eut aucune référence à la *démocratie universelle*, et lorsqu'en 1988, puis 1993, la démocratie fut déclarée «*droit universel*», ce fut sans définition autre que le recours au suffrage et sans référence aucune à la liberté d'expression et de conscience.

Le texte onusien suivant est une énormité de contre sens: «*Il n'existe pas de modèle unique de démocratie, la démocratie n'est pas l'apanage d'un pays ou d'une région. Il faut respecter pleinement la souveraineté et le droit d'auto-détermination.*» Ce qui signifie que ces droits sont reconnus dans la limite des visions de leur dirigeants. Il y a une contradiction redoutable que le droit de chaque individu quel que soit son sexe, sa religion ou son origine a un certain nombre de libertés formulées selon les «Lumières» occidentales. Mais droit en même temps de persévérer dans les traditions historiques qui font la singularité des cultures et des peuples. Tout cet édifice de bel-



les phrases contribue à aiguïser les conflits surgissant entre les diverses conceptions nationales. L'obligation qu'eurent les pays européens d'abord, à édicter des lois restrictives sur la liberté d'expression, le droit de penser en dehors de l'acte unique, permettant d'ester en justice contre n'importe quelle personne osant critiquer ce qu'elle considère comme une atteinte à sa propre conception des droits de l'homme est une faute grave.

Ces aberrations influencent l'ONU où les coutumes d'un pays passent avant le droit des individus, surtout issus d'une autre religion, de culture ou de traditions, l'ONU est devenu un vaste cirque où s'affrontent les manipulations sémantiques et les réinterprétations des principes fondamentaux qui les vident de leur substance. Le sens des mots change le cœur de la matière et pour chacun des délégués présents, ils veulent dire autre cho-

se, comme *liberté, démocratie et droit*. Il n'y a qu'à voir la Libye qui a pu présider le Conseil des droits de l'homme, ou l'Iran qui envoya des représentants musulmans pour siéger au Comité discutant du statut des droits de la femme. C'est pourquoi la traite des êtres humains, la prostitution, l'excision et l'esclavage des enfants, continuent non seulement à être tolérés mais reconduits. Ces tours de passe-passe constituent un déni de justice et

sont passibles de la Cour pénale de la Haye. Avec l'élaboration du 261 bis la Confédération helvétique ne vaut pas mieux que ce Machin où il se passe tant de saloperies que nous avons dénoncées dans nos articles précédents. «*Pétrole contre nourriture*» en Irak, *viols par les casques bleus à l'étranger, etc.* Il est temps de se réveiller, de dire NON aux lois muselières à venir et de supprimer celles encore en vigueur. *Maria de Seimners, Genève*

Jeux Olympiques 2018

La grenouille qui veut se faire aussi grosse que le bœuf renait de ses cendres. Le comité exploratoire genevois qui parlait de cette monstrueuse utopie déjà en 2007 remet ça. Ils oublient les dettes encore en suspens concernant le G8, et l'Euro '08 (dont les policiers sont les victimes), la pénurie dramatique de logements surtout pour les étudiants, un déficit chronique du budget cantonal et municipal, une circulation surcombrée et les rues qui deviennent des déchetteries endémiques. Tout cela n'influencent pas ces messieurs qui réfléchissent avec leurs pieds, car ils pensent aux pistes de skis à Crans Montana, aux compétitions dans le stade déficitaire de la Praille, au hockey sur glace à Malley Lausanne, au bobsleigh à la Plagne et au ski acrobatique aux Crosets en France, au surf des neiges à

Leysin et au ski de fonds à la vallée de Joux. Si ce déploiement d'endroits éloignés s'appelle JO de Genève, quel parodie de jeux d'hiver! Les installations pérennes sont minoritaires, les autres qui resteraient inutilisées par manque de sportifs. De plus, l'aéroport de Cointrin est tellement critiqué pour ses installations obsolètes et son aspect ringard, ses parkings surbookés et son accès difficile, sans compter les stations de Cornavin et de Cointrin étranglées par le manque d'une troisième voie, qu'il y a dans ce projet tellement d'inconnu, d'imprévu mais des certitudes d'endettement monstrueux vu les résultats constatés ailleurs, qu'un NON dans les urnes sera le bienvenu pour tous. Et tant pis pour les rêveurs inconscients, arrogants et égoïstes.

Octopus

Le Pileri

Suite de page 14

fants occidentaux puisqu'ils exportent prioritairement chez leurs voisins. Comme quoi, il y a deux poids et deux mesures.

Serions nous mieux lotis si nous étions dans l'U.E.? Surement pas, car la jalousie ne s'arrête pas si facilement, c'est comme le racisme, on l'a dans les gènes ou on ne l'a pas.

Pourquoi la Suisse?

Amnesty International critique à nouveau l'ODM (Office des Migrations suisse) parce que trois demandes d'asile déposées par des détenus de Guantanamo ont été rejetées. Il s'agit d'un Libyen, d'un Algérien et d'un Chinois. Les Etats-Unis étant prêts à libérer ces hommes devenus inoffensifs paraît-il depuis l'élection d'Obama, pourquoi ont-ils choisi la Suisse? La réputation de nos libéralités et de notre incapacité de renvoyer certains ressortissants étrangers dans leur pays respectif sont-ils des mo-

tifs particuliers d'attraction? Si nous refusons leur venue à l'instar d'autres pays contactés ayant refusé de les accueillir, serons-nous de nouveau la cible d'injustes critiques? N'avons nous pas le droit de dire NON surtout lorsqu'il s'agit d'un citoyen libyen, pays avec lequel nous avons un contentieux et de l'Algérie qui refuse de reprendre ses délinquants? De quoi Amnesty International se mêle-t-il, comme s'il n'y avait pas d'autres nations sur la terre?

L'inutilité de l'ONU

Que fait cet organisme monstrueusement coûteux, fondé en 1945 par 58 pays ayant signé l'engagement de supprimer tout conflit armé sur notre planète, en l'occurrence, la guerre au Congo? Aujourd'hui ils sont presque 200, mais les bombes continuent de tomber dans d'autres pays, sans que l'ONU puisse faire cesser les exactions, la prostitution et les viols, les vols et autres actes pédophiles perpétrés par les casques bleus. Les responsables prétendent que la MONUC

(force armée onusienne) n'est pas au Congo pour combattre la rébellion) si tant est qu'on puisse prouver qu'il s'agit bien de rébellion) mais pour appuyer l'armée de Kabila. Qu'est-ce que c'est que cette salade? L'appui se borne-t-il à faire la popote pour les soldats ou leur lessive? Quant à protéger la population avec 17000 casques bleus, pourquoi des millions d'habitants, femmes et enfants compris, s'enfuient au delà de la frontière abandonnant leur habitation pour éviter d'être massacrés. Elle est belle la protection de l'ONU? Où va l'argent encaissé par ces incapables apathiques?

Une grosse vague de requérants d'asile prend d'assaut la Suisse

Pourquoi donc les malheureux, les victimes et les voyous issus de l'étranger, viennent-ils chez nous, le plus petit pays européen, qui manque de place, encombré qu'il est par ses lacs et ses montagnes? Parce que même en ces temps houleux de déséquilibre mondial économique, il garde la réputation

d'être riche, soutenu par des banques engrangeant des milliards étrangers, et que ses autorités n'osent pas laisser des mendiants et des hooligans trainer dans les rues. On leur offre un toit, des repas, et même pour les requérants déboutés, fr. 7,30 par jour. Malgré toute cette aide, ces messieurs dames indésirables ne sont pas contents et râlent parce qu'ils n'ont pas de machine à laver, et que pour certains d'entre eux, ils sont logés, comme aux Grisons, dans des containers, loin des lumières de la ville...

Selon les autorités de ce canton auxquelles nos socialistes hêlants donnent tort, être logé décemment, entretenu chichement et parqué loin des attrait urbains, est le meilleur moyen de convaincre ces touristes bien habillés et bien nourris lorsqu'ils arrivent chez nous, de retourner chez eux, surtout qu'ils bénéficient dans ce cas, d'une aide au retour. S'ils refusent de s'en aller, c'est que leur condition actuelle leur plaît et ils doivent dire merci de ne pas être expulsés manu militari! *Octopus*

**Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Weihnachtsspende

Es ist uns ein grosses Bedürfnis, Ihnen für Ihre finanzielle und ideelle Unterstützung im zur Neige gehenden Jahr von Herzen zu danken. Gerne versichern wir Ihnen, dass wir auch im kommenden Jahr mit ganzer Kraft gegen die Überfremdung, Einwanderung und Überbevölkerung sowie gegen den Ausverkauf des Heimatbodens kämpfen werden.

David gegen Goliath!

Die Wirtschaftsverbände und die Bundesratsparteien werden für die kommende Abstimmung über die Weiterführung und Ausdehnung der EU-Personenfreizügigkeit Millionen von Franken in den Abstimmungskampf werfen, da ihnen die



guten Argumente fehlen! Diese Kreise werden die Schweiz mit

«Infos» überschwemmen (sie tun dies ja bereits!).

Um bei dieser wichtigen Abstimmung mit der NEIN-Parole eine bessere Chance zu haben, sind wir dringend auf Ihre Spende angewiesen. Deshalb müssen wir auf **unseren** Einzahlungsschein hinweisen. Mit dieser Weihnachtsgabe helfen Sie uns vor der Abstimmung der Desinformation der Befürworter wirksam entgegenzuhalten. Für Ihre Unterstützung danken wir herzlich. Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr.

Ueli Brasser, Gemeinderat,
SD-Zentralpräsident, Zürich
Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern

Von der Managerin zur Malerin

Irene Varga hält es auf ihrer Leinwand am liebsten einfach, unkompliziert und aussagekräftig. Perfektion darf – in ihrem neuen Leben – ruhig fehlen. Das Bild sei vollendet und geglückt, wenn sie mehrere Minuten gelassen darauf blicken könne. Neben «Entspannungsbildern», die konzeptlos aus dem Nichts entstehen, lässt Irene Varga sich vor allem gerne von Fotografien und der Natur inspirieren. Bewusst feiert sie

Buntheit und Unbeschwertheit und auch in ihren dunkleren, schweren Werken ist stets Platz für Hoffnung. Tiere, Pflanzen, Berge, Seen, Meer, Wolken gehören dabei zu ihren Lieblingsmotiven. Zeichen der Zivilisation lässt sie oft und gerne weg oder reduziert sie auf ein Minimum. Ihren immensen Maltrieb hatte sie viele Jahre fast vollständig unterdrückt, um reichlich bunte Erfahrungen und etwas Geld zu sam-

eln. Erstes ging wie von selbst, zweites sei ihr nur dürftig gelungen. Dennoch war die Zeit im September 2007 dazu reif, dass sie ihr Leben nun fast ausschliesslich jener Tätigkeit widmet, die ihrem Herzen am nächsten lag: Sie warf ihre Management-Karriere über Bord und wurde Malerin.

Ideales Weihnachtsgeschenk

Frau Irene Varga malt Landschafts- und Tierbilder, welche abwechslungsreich, lebendig und vor allem fröhlich sind. Die manchmal kräftigen, manchmal zarten Farben ihrer Bilder sind eine Wohltat in dieser gereizten und gestressten Zeit. Die Porträts von Irene Varga eignen sich ideal als Weihnachtsgeschenk.

ART SAVOUR VARGA

Geniessen Sie mit Irene Varga aus Berg SG die neue Kunstplattform für Künstler und Galerien:

www.artsavour.ch



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch



Wichtige Mitteilung

Bezahlen Sie das Zeitungsabonnement 2009 bitte erst mit dem Einzahlungsschein, welcher Ihnen in den nächsten Tagen zugestellt wird. Für Ihr Verständnis danken wir Ihnen zum Voraus und wünschen Ihnen und den Familienangehörigen schöne Festtage und ein gutes neues Jahr.



SD-Geschenkabonnemente

Ich übernehme hiermit _____ * Expl.
(*gewünschte Anzahl bitte einsetzen)

SD 
Schweizer Demokraten

Geschenkabonnement(e) für ein Jahr

- Ich überlasse die Wahl des Beschenkten der SD-Redaktion
- Ich wünsche als Empfänger eine sozial bedürftige Schweizer Familie
- Als Empfänger wünsche ich einen Jugendlichen
- Als Empfänger wünsche ich einen bedürftigen Rentner

Rechnungsanschrift:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____